

- dig, auch wenn er bei dem Einbrechen nur eine bestimmte Sache stehlen wollte, nach dem Einbruch aber eine andere wegnimmt; anders ist es nur, wenn der Täter wegen des erfolglosen Versuches, eine bestimmte Sache zu stehlen, seine ursprüngliche diebische Absicht überhaupt aufgibt und sich dann erst erneut entschließt, etwas anderes zu stehlen ..... 351
- d) Versuch und Vollendung**
- Abgrenzung zu Vorbereitungshandlungen; Befühlen der Manteltasche durch einen Taschendieb, um deren Inhalt festzustellen, ist bereits Versuch ..... 82
- Untersuchung der Lenkradsperre durch Rütteln an den Rädern . 82
- f) Konkurrenzen**
- Anstiftung (Beihilfe) zum Diebstahl und Hehlerei stehen in der Regel auch dann im Verhältnis der Tatmehrheit, wenn sich die Anstiftung auf die später gehehlte Beute bezog ..... 206
- Eine Tat ist nur als Raub in Tateinheit mit Diebstahl zu beurteilen, wenn der Täter mehr als ursprünglich beabsichtigt wegnimmt... 350
- g) Schwerer Diebstahl § 243**
- Nr. 2 Die Berechtigung des Täters zum Aufenthalt in dem Gebäude aus dem er mittels Einbruchs oder Einsteigens gestohlen hat, schließt die Anwendung der Nr. 2 nicht aus 127
- Der gleichzeitige Hausfriedensbruch wird konsumiert ..... 129
- Nr. 3 „Öffentlicher Weg“ ... 212
- h) Rückfalldiebstahl §§ 244 ff**
- Die 10-Jahres-Frist des § 245 gilt nur für den Zeitraum zwischen Verbüßung oder Erlaß der letzten rückfallbegründenden Strafe und der zur Aburteilung stehenden Tat, nicht auch für den zwischen früheren Taten. Dem Täter, der sich nach der ersten Tat zwanzig Jahre straffrei führt, kommt jedoch das Straftilgungsgesetz (§§ 2, 5 Abs. 1, 6, 7) zustatten; bereits der Eintritt der Tilgungsreife einer Eintragung im Strafregister schließt sie als rückfallbegründende Vortat aus 260
- i) Unbefugter Gebrauch von Fahrzeugen § 248 b**
- Wann ist die Untersuchung der Lenkradsperre durch Rütteln an den Vorderrädern bereits Versuch? 82
- Diebstahl und nicht unbefugte Ingebrauchnahme nach § 248 b, wenn der Täter den Gewahrsam des Berechtigten nicht wieder herstellen will. An diesem Willen fehlt es, wenn das Fahrzeug nicht in eine Lage zurückgeführt werden soll, die es dem Berechtigten ohne besondere Mühe ermöglicht, seine ursprüngliche Verfügungsgewalt wieder zu erlangen; Indizien dafür 45
- k) Mundraub § 370 Nr. 5**
- Geht es dem Täter ausschließlich um die Befriedigung eines augenblicklichen Bedürfnisses, so liegt Mundraub auch dann vor, wenn er mehr entwendet, als bei einer Mahlzeit verzehrt werden kann, weil er wegen der äußeren Umstände (z. B. Art der Verpackung) eine dazu ausreichende geringere Menge nicht erlangen kann, sofern nur diese gering ist oder einen unbedeutenden Wert hat ..... 275
- Befriedigung des augenblicklichen Bedürfnisses kann (ausnahmsweise) auch anzunehmen sein, wenn der Täter mehr entwendet hat, als er selbst bei einer Mahlzeit — sei es an Ort und Stelle, sei es zu Hause und nach Zubereitung — verzehren kann, weil er neben seinem Bedarf den dritter Personen befriedigen wollte ..... 276
- Ob der Täter die Absicht des alsbaldigen Verbrauchs tatsächlich verwirklicht oder ob er sich nachträglich zu einer anderen Verwertung der entwendeten Nahrungsmittel oder eines Teiles von ihnen entschließt, ist gleichgültig ... 277

- dend ist, daß eine Vernehmung durch einen ersuchten Richter für die Wahrheitsfindung wertlos ist. Ob dies der Fall ist, hat der Tatrichter zu entscheiden ..... 122
- Nicht zu beseitigendes Hindernis (Gefahr für den Zeugen?) .... 311
- Erklärung eines im Ausland wohnenden Zeugen, er werde nicht vor dem deutschen Gericht erscheinen, kann als unabwendbares Hindernis nur angesehen werden, wenn das Gericht vergeblich alle zumutbaren und der Bedeutung der Zeugenaussage für die Wahrheitsfindung angemessenen Anstrengungen unternommen hat, den Zeugen zum Erscheinen zu veranlassen oder die Vernehmung im Wege der Rechts Hilfe zu erwägen ..... 118
- Die Verlesung der Niederschrift über die polizeiliche Vernehmung eines verstorbenen Zeugen ist auch dann zulässig, wenn dieser vor der Vernehmung entgegen § 163 a Abs. 5 nicht über sein Zeugnisverweigerungsrecht aus § 52 Abs. 1 Nr. 3 belehrt worden ist ..... 35
- c) Verlesung bei Zeugnisverweigerung § 252
- Macht ein Zeuge in der Hauptverhandlung von seinem Zeugnisverweigerungsrecht als Angehöriger des Angeklagten Gebrauch, so dürfen auch Schriftstücke, die er bei seiner polizeilichen Vernehmung überreicht und zum Bestandteil seiner Aussage gemacht hat, nicht verlesen werden ..... 219
- Das Verwertungsverbot gilt auch dann, wenn das Angehörigenverhältnis erst nach der früheren Vernehmung entsanden ist ..... 220
- d) Verlesung von Geständnissen § 253 Abs. 1
- Die zur Beweisaufnahme über ein Geständnis verlesenen früheren Erklärungen eines Angeklagten dürfen auch gegen einen Mitangeklagten verwendet werden. Wegen des engen inneren Zusammenhangs der festzustellenden äußeren Vorgänge ist nur eine einheitliche Tatsachefeststellung hinsichtlich aller Angeklagten denkbar ..... 372
- Urkundendelikte §§ 267 ff, 348 StGB
- a) Mittelbare Falschbeurkundung § 271
- Der Kraftfahrzeugschein (§ 24 StVZO) beweist nicht, daß die Angaben zur Person des Zulassungsinhabers richtig sind. Diese Angaben sind keine Beurkundungen im Sinne des § 271 ..... 201
- b) Falschbeurkundung im Amt § 348
- Ein Notar, der entgegen § 183 Abs. 1 FGG eine nicht vor ihm vollzogene oder in seiner Gegenwart von dem Unterzeichner anerkannte Unterschrift beglaubigt, kann, sofern die Unterschrift echt ist, nicht wegen Falschbeurkundung im Amt verurteilt werden (die Entscheidung BGHZ 38, 347, 353 bezieht sich auf § 177 Abs. 1 FGG). Notwendiger Inhalt des Beglaubigungsvermerks ..... 32
- V
- Verbindung (Trennung) von Strafsachen §§ 4, 5, 12, 16, 18, 269, 429 StPO
- „Zusammenhängende Strafsachen“ sind, soweit sie sich gegen dieselbe Person richten, nur solche, die verschiedene Straftaten betreffen, nicht aber zwei Verfahren verschiedener Art (hier subjektives Strafverfahren und objektives Sicherungsverfahren) ... 185
- Zusammenhängende Strafsachen, die bei verschiedenen örtlich zuständigen Gerichten anhängig sind, können nicht gemäß § 13 Abs. 2 durch Vereinbarung verbunden werden, sondern nur nach § 4 Abs. 2 durch das gemeinschaftliche obere Gericht, wenn dadurch zugleich die sachliche Zuständigkeit geändert werden soll ..... 232

- Die §§ 16 und 18 regeln nicht den Fall, daß dieselbe Strafsache gleichzeitig bei zwei örtlich zuständigen Gerichten anhängig ist, sondern beschränken den Einwand der örtlichen Unzuständigkeit, wenn bei einem örtlich unzuständigen Gericht eröffnet worden ist. Haben mehrere örtlich zuständige Gerichte eröffnet, so gilt allein § 12 ..... 232
- Das Verbot mehrfacher Rechtshängigkeit geht der Regelung des § 269 vor ..... 232

### Verfahrensrecht

- Gebot der Verfahrensklarheit . 52
- Klare gesetzliche Regelungen können auch durch prozeßökonomische Erwägungen nicht geändert werden 58

### Verfahrensvoraussetzungen

#### a) Allgemeines; Prozessuales

- Die tatsächlichen Voraussetzungen für ihr Vorliegen sind vom Revisionsgericht selbständig im Wege des Freibeweises zu prüfen ... 91
- Bleibt ungewiß, ob eine Prozeßvoraussetzung vorliegt, ist das Verfahren einzustellen ..... 93
- Die Pflicht von Amts wegen zu prüfen, ob ein rechtsgültiger Eröffnungsbeschuß vorliegt, zwingt das Revisionsgericht nicht zur Klärung, ob die an der Beschlußfassung beteiligten Richter ordnungsgemäß zu Mitgliedern der Beschlußkammer bestellt worden sind. Verfahrensverstöße dieser Art müssen vom Beschwerdeführer in einer dem § 344 Abs. 2 Satz 2 StPO entsprechenden Weise gerügt werden . 170

#### b) Einzelfälle

- Rechtzeitiger Strafantrag ..... 90
- Sachliche Zuständigkeit ..... 2
- Ist bei einem Gericht ein Strafverfahren, bei einem anderen wegen derselben Sache ein Sicherungsverfahren anhängig, können diese nicht nach §§ 4, 5 verbunden werden. Die Rechtshängigkeit des zeitlich ersten

- Verfahrens ist Verfahrenshindernis für das zweite, das eingestellt werden muß ..... 186
- Ist gegen ein Urteil form- und fristgerecht Revision eingelegt, so führt eine nach diesem Urteil eingetretene Verjährung zur Einstellung des Verfahrens, auch wenn die Revision nicht oder nicht ordnungsgemäß begründet worden ist; anders ist es, wenn die Verjährung schon vor Erlaß des angefochtenen Urteils eingetreten ist 213
- Ob der Verurteilung eines Angeklagten mit Rücksicht auf seine Auslieferung gesetzliche oder vertragliche Bestimmungen entgegenstehen, ist von Amts wegen zu prüfen, nicht jedoch, ob die Auslieferung zu Recht erfolgt ist ..... 307

### Verjährung der Strafverfolgung und der Strafvollstreckung §§ 66 ff StGB

#### a) Allgemeines

- Ist gegen ein Urteil form- und fristgerecht Revision eingelegt, so führt eine nach diesem Urteil eingetretene Verjährung zur Einstellung des Verfahrens, auch wenn die Revision nicht oder nicht ordnungsgemäß begründet worden ist; anders ist es, wenn die Verjährung schon vor Erlaß des angefochtenen Urteils eingetreten ist .... 213

#### b) Verfolgungsverjährung §§ 66, 67

- Keine Analogie im Verjährungsrecht ..... 383
- Beihilfe zu einem Tötungsverbrechen, das wegen niedriger Beweggründe des Täters ein Mord ist, verjährt nach 15 Jahren, wenn der Gehilfe nicht ebenfalls aus niedrigen Beweggründen handelte .. 375
- Beginn der Verjährung für NS-Verbrechen am 8. Mai 1945 ..... 382
- Beginn der Verjährung beim Anstellungsbetrug ..... 38

#### c) Unterbrechung § 68

- Auch bei Beschränkung der Strafverfolgung nach § 154 a Abs. 1 oder Abs. 2 StPO unterbrechen richter-

- liche Handlungen die Verjährung im vollen Umfang; es bleiben also auch die vorläufig ausgeschiedenen Gesetzesverletzungen verfolgbar ..... 105
- Eine richterliche Handlung unterbricht bei Tateinheit auch hinsichtlich der Gesetzesverletzungen, die im Zeitpunkt der Unterbrechungshandlung noch nicht verfolgt werden konnten, weil der Strafantrag oder eine sonstige Verfahrensvoraussetzung noch fehlte ..... 107
- Eine richterliche Handlung unterbricht auch dann, wenn der Richter die Tat bei seiner Untersuchungshandlung rechtlich unrichtig oder unvollständig beurteilt hat ... 107
- Anforderungen an die Bestimmtheit der Tat, die Gegenstand der richterlichen Unterbrechungshandlung ist ..... 375
- Vernehmung §§ 136 ff, 163 a StPO**
- a) Allgemeines**
- Der Angeklagte kann sich der Verhörs person gegenüber, also in deren Gegenwart, mündlich, schriftlich oder durch Zeichen (etwa durch Kopfnicken oder Kopfschütteln) äußern ..... 171
- Die Belehrung hat spätestens zu dem Zeitpunkt zu erfolgen, in dem ein deutlicher Verdacht einer Straftat entsteht ..... 132, 136
- Verwertung eines nach Belehrung abgelegten Geständnisses, auch wenn in einer früheren Vernehmung gleiche Angaben ohne Belehrung gemacht wurden (offen bleibt, ob auch die früheren Angaben verwertet werden dürfen und ob die §§ 136, 163 a bloße Ordnungsvorschriften sind (s. jetzt aber S. 170) 129
- Ein Verstoß gegen die Belehrungspflicht des § 136 Abs. 1 begründet grundsätzlich kein Verwertungsverbot. Auch § 136 n.F. ist bloße Ordnungsvorschrift. (Offen bleibt, ob unter Umständen das Unterlassen der Belehrung einer Täuschung im Sinne des § 136 a gleichgestellt werden muß) ..... 170
- b) Verbotene Vernehmungsmittel § 136 a**
- Nur die durch das verbotene Mittel herbeigeführte Aussage darf nicht verwertet werden; eine spätere Aussage ohne unzulässigen Druck ist voll verwertbar. Psychologische Fortwirkung eines früheren Drucks ist nur unter besonderen Umständen denkbar ..... 133
- c) Fragerecht §§ 240, 247**
- Hängt die Vernehmungsfähigkeit eines Zeugen davon ab, daß er den Angeklagten nicht zu Gesicht bekommt, so hat der Angeklagte bei Anwendung des § 247 StPO keinen Anspruch auf unmittelbare persönliche Ausübung seines Fragerechts; an der Verhandlung über die Frage der Vereidigung ist er jedoch zu beteiligen ..... 290
- d) Kommissarische Vernehmung §§ 223, 66 b 233 s. auch Urkundenbeweis (Verlesung von Protokollen § 251 StPO)**
- Ob eine Vernehmung durch einen Richter oder einen Konsul in England einen wesentlichen Gewinn für die Wahrheitsfindung verspricht, ist zweifelhaft, muß aber der Entscheidung des Tatrichters überlassen bleiben. Dabei wird zu berücksichtigen sein, ob der Angeklagte oder sein Verteidiger bereit und in der Lage sind, einer solchen Vernehmung beizuwohnen, um Fragen zu stellen oder Vorhalte zu machen ..... 121
- Versuch §§ 43 ff StGB**
- a) Allgemeines**
- Abgrenzung der Ausführungs- zur Vorbereitungshandlung; Verwirklichung eines Tatbestandsmerkmals nicht erforderlich, Gefährdung des Rechtsguts kann genügen ..... 81
- Untersuchung der Tauglichkeit einer bestimmten Sache für den be-

absichtigten Angriff ist Ausführungshandlung ..... 80

**b) Rücktritt § 46**

- Bei der Abgrenzung von unbeendetem und beendetem Versuch ist grundsätzlich von den Vorstellungen auszugehen, die der Täter beim Beginn der Tatausführung über deren Ablauf hatte ... 177
- Abgrenzung von unbeendetem und beendetem Mordversuch (hier Ablassen von weiteren Schlägen, nachdem der erste Schlag nicht wie erwartet getötet hatte) ..... 176
- Zur Abgrenzung zwischen beendetem und nicht beendetem Versuch, insbesondere wenn der Täter mit bedingtem Vorsatz gehandelt hat ..... 330

**Verteidiger**

- Beantragt ein Verteidiger, der dem Angeklagten im ersten Rechtszug beigeordnet war und gemäß § 350 Abs. 3 StPO auch für die Hauptverhandlung vor dem Bundesgerichtshof bestellt worden ist, für seine Tätigkeit im Revisionsverfahren (Revisionsbegründung und Wahrnehmung der Hauptverhandlung) die Bewilligung einer erhöhten Pauschvergütung, so ist der Bundesgerichtshof zur Entscheidung berufen ..... 166
- Die mit der Revisionsbegründung verbundene Tätigkeit wird noch von der Beiordnung durch das Landgericht erfaßt ..... 167

**Vollendung — Beendigung einer Tat**  
s. auch Verjährung

- Vollendung und Beendigung des Anstellungsbetrugs ..... 38

**Völkerrecht**

- Für den Abschluß zwischenstaatlicher Einzelabmachungen besteht keine bestimmte Form. Mangels ausdrücklicher Abreden steht es daher im Belieben der vertragsschließenden Teile, in welcher Form sie

eine Vereinbarung treffen wollen, schriftlich, mündlich oder durch schlüssige Handlung. Schweigen auf ein Vertragsangebot bedeutet Annahme, wo nach Treu und Glauben eine ausdrückliche Ablehnung erwartet werden darf. Der Grundsatz von Treu und Glauben gilt im zwischenstaatlichen Verkehr jedenfalls dann, wenn insofern zwischen den beteiligten Staaten die Gegenseitigkeit gewährleistet ist .... 63

**Volltrunkenheit § 330 a StGB**

- Strafbarkeit, wenn der Alkoholgenuß den Täter im Zusammenwirken mit einer vor diesem Genuß bereits vorhandenen besonderen körperlichen oder seelischen Verfassung (Alkoholempfindlichkeit) zurechnungsunfähig gemacht hat. Es macht keinen Unterschied, ob diese Verfassung allgemein bestanden hat (z. B. Magenleiden) oder durch besondere vor Trinkbeginn liegende Umstände (z. B. kein warmes Essen, Erkältung, Arbeit in der Sonne, Einatmen von giftigen Dämpfen, Einnahme von Tabletten) hervorgerufen worden ist. Es ist unerheblich, ob es sich um sog. äußere Umstände gehandelt hat. Entscheidend ist der — dem Angeklagten bekannte — körperliche Zustand bei Beginn des eigentlichen Trinkens ..... 12
- § 330 a ist nur dann nicht anwendbar, wenn Umstände von außen her hinzutreten (z. B. Schläge, die eine Gehirnerschütterung verursachen) und die Wirkung des Alkohols so verstärken, daß Zurechnungsunfähigkeit eintritt. Dagegen steht es seiner Anwendung nicht entgegen, wenn der Alkoholgenuß den Täter auf der Grundlage einer besonderen körperlichen oder seelischen Verfassung zurechnungsunfähig macht, wobei es auf den Grad der Alkoholverträglichkeit nicht ankommt ..... 11

**Vorlegung nach § 121 Abs. 2 GVG**

- Der Bundesgerichtshof ist an die sachliche Beurteilung und Rechtsauffassung des vorlegenden Gerichts nicht gebunden, wenn es sich um eine Frage handelt, die er für schlechthin unvertretbar hält oder die Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde werden kann . . . . . 94
- Die Vorlegung wegen einer Verfahrensrüge ist Pflicht, auch wenn das OLG das Urteil ohnehin auf die Sachrüge aufheben will, die Verfahrensrüge aber auf die Feststellung eines anderen Sachverhalts abzielt . . . . . 131
- Vorlegung ist zulässig, wenn die Ansicht des vorlegenden Gerichts vertretbar ist . . . . . 182
- Grundsätze für Entscheidung des BGH über die Revision selbst . 182
- Müßte das vorlegende Oberlandesgericht auf jeden Fall von einem der sich widersprechenden Erkenntnisse eines anderen Oberlandesgerichts abweichen, so spielt es keine Rolle, daß es nicht zu erkennen gibt, wie es die umstrittene Rechtsfrage entscheiden würde . . . . . 323
- Eine umstrittene Rechtsfrage ist auch dann entscheidungserheblich, wenn je nach ihrer Beurteilung der Aufhebungsgrund ein anderer ist . . . . . 353
- Wann ist eine Vorlegung wegen unrichtiger Auslegung eines Geschäftsverteilungsplans zulässig? 100

**Vorschriftsmäßige Besetzung des Gerichts Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG; §§ 16 Satz 2, 63, 69 GVG; § 7 Abs. 2 VO z. einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung v. 20. 3. 1935 (RGBl I 403); wegen Verhindertsein s. auch Zuständigkeit (Örtliche Zuständigkeit [Allgemeines; Verhindertsein des zuständigen Gerichts § 15 StPO]; Hauptverhandlung (Terminbestimmung § 13 StPO)**

**a) Allgemeines**

- Das Gesetz schreibt eine besondere unterscheidende Benennung der einzelnen Gerichtskörper, wie sie üblich und zweckmäßig ist, nicht vor; es stellt allein auf ihre sachliche Selbständigkeit ab . . . . . 97
- Es bleibt dahingestellt, ob die Revision auf einen Besetzungsfehler beim Erlaß des Eröffnungsbeschlusses gestützt werden kann . . . . . 169
- Enthalten die Vorschlagslisten der Gemeinden nicht die in § 36 Abs. 3 GVG bestimmte Anzahl von Personen, so wird dadurch die vorschriftsmäßige Besetzung des Gerichts nicht berührt . . . . . 122
- Die Prüfung von Amts wegen, ob ein — rechtsgültiger — Eröffnungsbeschuß vorliegt, verpflichtet das Revisionsgericht nicht, von sich aus zu klären, ob die an der Beschlusfassung beteiligten Richter ordnungsgemäß zu Mitgliedern der Beschluskammer bestellt worden sind. Verfahrensverstöße dieser Art müssen in einer § 344 Abs. 2 Satz 2 StPO entsprechenden Weise gerügt werden. Hierzu genügt nicht das nicht näher ausgeführte Vorbringen, die mitwirkenden Richter hätten der zur Entscheidung berufenen Strafkammer nicht angehört . . . . . 170

**b) Geschäftsverteilungsplan**

- Inwieweit ist eine Vorlegung nach § 121 Abs. 2 GVG wegen unrichtiger Auslegung eines Geschäftsverteilungsplans zulässig? . . . . . 100

**c) Große Strafkammer**

- Der 2. Strafsenat neigt zu der Auffassung, daß unter bestimmten Voraussetzungen die Aufteilung eines Spruchkörpers in zwei unter demselben Vorsitzenden aber mit verschiedenen Kompetenzen befaßte Gruppen statthaft ist . . . . . 94
- Ein Direktor kann Vorsitzender mehrerer Kammern sein . . . . . 97
- Für eine ordentliche große Strafkammer, die erst im Laufe des Ge-

- Zur Sicherung der Rücklieferung kann in entsprechender Anwendung des § 30 DAG ein Haftbefehl erlassen werden; zuständig ist das Oberlandesgericht ..... 59
- b) Durchlieferung § 33**
- Der Durchlieferungsstaat erhält die volle Gewalt über den Verfolgten ..... 62
- c) Spezialität**
- Zum Grundsatz der Spezialität; Begriff der Tat i. S. des Auslieferungsrechts ..... 307
- Das Revisionsgericht kann keine Beweise zur Tatfrage erheben, auch nicht zur Nachprüfung, ob die Spezialität verletzt ist ..... 309
- „Zur Untersuchung ziehen“. Werden bei der Beweiserhebung Umstände festgestellt, die eine Straftat darstellen, auf die sich die Auslieferung nicht erstreckt, so darf die Anklage nicht auf diese Taten erweitert werden; es ist aber nicht unzulässig, diese Umstände bei der Überzeugungsbildung hinsichtlich der Auslieferungstat als Indiz zu berücksichtigen (Zweifel S. 319) 310
- Zum Begriff des „Zur-Untersuchung-Ziehens“ und des „Bestrafens“ ..... 319
- Die Spezialität verbietet es, strafbare Handlungen, für welche die Auslieferung nicht bewilligt ist, strafschärfend zu berücksichtigen 318
- Die Spezialität steht der Verwertung von Vorstrafen nicht entgegen ..... 320
- d) Anrufung des Bundesgerichtshofes § 27**
- Wann ist eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung? ... 61
- e) Stellung des Ausgelieferten vor dem deutschen Gericht § 51**
- Von Amts wegen ist zu prüfen, ob der Verurteilung eines Angeklagten mit Rücksicht auf seine Auslieferung gesetzliche oder vertragliche Bestimmungen entgegenstehen 307
- Das Gericht hat grundsätzlich nicht zu prüfen, ob die Auslieferung zu Recht erfolgt ist ..... 309
- II. Verträge**
- Auslieferungsvertrag mit der Schweiz vom 24. Januar 1874 (RGBl 113) Deutsch-schweizerische Vereinbarung über die Durchführung des Grundsatzes der Spezialität im Auslieferungsverkehr und über den sonstigen Rechtshilfeverkehr in Strafsachen vom 16. Mai 1936 (RGBl II 151).**
- Zum Grundsatz der Spezialität 307
- Der Grundsatz der reinen (strikten) Spezialität schließt nicht nur eine Verurteilung des Ausgelieferten wegen anderer Taten aus, für welche die Auslieferung nicht bewilligt ist, sondern verbietet auch die Berücksichtigung dieser Taten bei der Strafzumessung. Sie steht jedoch der Verwertung von Vorstrafen nicht entgegen ..... 319
- Ausschließung (Ablehnung) von Richtern §§ 22, 35, 74, 338 Nr. 3 StPO**
- Für die Unparteilichkeit von Richtern spricht die Vermutung .. 295
- Daß ein Laienrichter das Ergebnis vorwegnehmende Presseveröffentlichungen gelesen hat, rechtfertigt kein Mißtrauen gegen seine Unparteilichkeit ..... 289
- Autobahn**
- Wer einem Fahrzeug bei einer Geschwindigkeit von rund 100 km/h nicht nur ganz vorübergehend mit einem Abstand von etwa 5 m folgt, gefährdet in der Regel im Sinne des § 1 StVO (konkret) den Vorfahrenden, auch wenn dieser seine Geschwindigkeit unvermindert beibehält ..... 341
- Sicherheitsabstand ..... 344

- schäftsjahres nach Auflösung einer Hilfsstrafkammer gebildet wird, sind nach §§ 45, 77 GVG neue Schöffen auszulosen ..... 209
- Auch die Beiordnung eines Hilfsrichters ist ein Richterwechsel im Sinne des § 63 Abs. 2 GVG .. 237
- Wird ein Hilfsrichter einer Kammer zugewiesen, so kann das Präsidium ein bisheriges Mitglied dieser Kammer zum Ausgleich einer anderen Kammer zuteilen ... 237
- d) Hilfsstrafkammer**
- Mit ihrer Auflösung endet die Mitgliedschaft aller ihr angehörenden Richter, auch der Schöffen; für eine neugebildete Strafkammer muß daher eine Neuauslosung der Schöffen nach §§ 45, 77 GVG erfolgen. § 45 GVG betrifft nur den Regelfall ..... 210
- e) Ferienstrafkammern § 63 Abs. 2 GVG**
- Für die Bestimmung eines Landgerichtsdirektors zum Vorsitzenden ist das Direktorium zuständig . 100
- f) Oberlandesgericht**
- Der 2. Strafsenat neigt zu der Auffassung, daß unter bestimmten Voraussetzungen die Aufteilung eines Spruchkörpers in zwei unter demselben Vorsitzenden aber mit verschiedenen Kompetenzen besetzte Gruppen statthaft ist ..... 94
- g) Präsidium**
- Auch die Beiordnung eines Hilfsrichters ist ein Richterwechsel im Sinne des § 63 Abs. 2 GVG .. 237
- Wird ein Hilfsrichter einer Kammer zugewiesen, so kann das Präsidium ein bisheriges Mitglied dieser Kammer zum Ausgleich einer anderen Kammer zuteilen .... 237
- h) Hilfsrichter**
- Auch die Beiordnung eines Hilfsrichters ist ein Richterwechsel im Sinne des § 63 Abs. 2 GVG ... 237
- Wird ein Hilfsrichter einer Kammer zugewiesen, so kann das Präsidium ein bisheriges Mitglied dieser Kammer zum Ausgleich einer anderen Kammer zuteilen ..... 237
- i) Geschworene, Hilfgeschworene, Schöffen, Art. 20 GG; §§ 36 Abs. 3, 39, 49, 52, 77 Abs. 3, 84 GVG**
- Die Berufung eines Hilfgeschworenen nach § 49 Abs. 1 wird nicht dadurch hinfällig, daß der wegen eines körperlichen Gebrechens ausgeschiedene Geschworene später, aber noch vor Eintritt in die Hauptverhandlung in der Geschworenenliste gestrichen und hier durch einen anderen Hauptgeschworenen ersetzt wird ..... 289
- Muß die körperliche Ungeeignetheit (hier Schwerhörigkeit) eines Geschworenen durch einen Amtsarzt überprüft werden? ..... 291
- Die spätere Möglichkeit einer Entscheidung, welche die fernere Heranziehung eines Laienrichters generell ausschließt, hindert den Vorsitzenden nicht, für einen akut als ungeeignet befundenen Laienrichter den gemäß § 49 in Betracht kommenden Ersatzmann heranzuziehen. Hat er von dieser Möglichkeit, den zeitgerechten Beginn und Ablauf der Hauptverhandlung sicherzustellen, Gebrauch gemacht, so besteht kein Grund, diese Anordnung wieder zurückzunehmen, wenn später eine generelle Streichung des (schon durch die Berufung eines anderen ersetzten) Laienrichters erfolgt und von nun an ein neuer Hauptgeschworener (Hauptschöffe) an dessen Stelle tritt. Es handelt sich bei der Streichung um eine Maßnahme, die nur für nachher in Gang gesetzte Hauptverhandlungen Geltung hat, während umgekehrt, solange an einem schon bestimmten Termin zur Hauptverhandlung festgehalten wird, der auf dem Wege des § 49 erzielte Zeitgewinn zu bewahren ist ..... 293
- Ein Bundestagsabgeordneter kann Geschworener sein ..... 85

## W

**Wehrstrafgesetz**

- „Verlassen“ und „Fernbleiben“ (§ 16 Abs. 1). Ein Soldat kann auch während seines Urlaubs vollendete Fahnenflucht durch eigenmächtiges Verlassen der Truppe begehen. Vollendung der Fahnenflucht. „Fernbleiben“ ist Unterlassungsdelikt ..... 14
- Die nachträgliche Anerkennung eines Soldaten als Kriegsdienstverweigerer hindert nicht seine Bestrafung wegen einer Gehorsamsverweigerung, die er nach Antragstellung begangen hat ..... 146

**Wiedereinsetzung in den vorigen Stand § 46 Abs. 1 StPO**

- Das Revisionsgericht kann nicht über einen vom Amtsgericht übergebenen Antrag auf Wiedereinsetzung gegen die Versäumung der Einspruchsfrist im Strafbefehlsverfahren entscheiden ..... 52
- Ist stillschweigende Wiedereinsetzung zulässig? ..... 55

**Wilderei §§ 292 ff StGB**

- Die Erschwerungsgründe des Abs. 2 machen eine gewerbs- oder gewohnheitsmäßige Jagdwilderei nicht notwendig zu einem besonders schweren Fall im Sinne des Abs. 3  
44

## X—Z

**Zeugen §§ 48 ff StPO****a) Zeugnisverweigerung § 52**

- Die Zeugnisverweigerung eines Angehörigen darf nicht gegen den Angeklagten verwertet werden (gegen BGHSt 2, 351) ..... 113
- Macht ein Zeuge in der Hauptverhandlung von seinem Zeugnisverweigerungsrecht als Angehöriger Gebrauch, so dürfen Schriftstücke, die er bei seiner polizeilichen Vernehmung überreicht und zum Bestandteil seiner Aussage gemacht hat, nicht verlesen werden ... 219

- Das Verwertungsverbot des § 252 gilt auch, wenn das Angehörigenverhältnis erst nach der früheren Vernehmung entstanden ist .. 220
- Die Verlesung der Niederschrift über die polizeiliche Vernehmung eines verstorbenen Zeugen ist nach Abs. 2 auch zulässig, wenn dieser vor der Vernehmung entgegen § 163 a Abs. 5 nicht über sein Zeugnisverweigerungsrecht aus § 52 Abs. 1 Nr. 3 belehrt worden ist 35
- Das uneheliche Kind hat im Strafverfahren gegen seinen Vater kein Zeugnisverweigerungsrecht ... 187
- b) Vereidigungsverbote §§ 59 ff, § 60 Nr. 1 (2. Fall)**
- Die Entmündigung wegen Geisteschwäche, auch wenn diese mit einer Gedächtnisschwäche verbunden ist, schließt für sich allein die Vereidigung eines Zeugen nicht aus. Unzulässig ist sie nur dann, wenn der Zeuge wegen dieser Verstandeschwäche vom Wesen und von der Bedeutung des Eides keine genügende Vorstellung hat. Dies muß der T a t richter jeweils prüfen. Hat er den Zeugen für eidestauglich befunden, so kann dies nur dann mit Erfolg gerügt werden, wenn die Entscheidung auf rechtlich unzutreffenden Erwägungen, insbesondere auf Verkennung von Rechtsbegriffen beruht, oder wenn dem T a t richter die Umstände, die ihn möglicherweise dazu veranlaßt haben würden, einen Zeugen als eidesuntauglich zu behandeln, nicht bekannt geworden sind und er sie deshalb bei seiner (Ermessens-) Entscheidung nicht hat verwerten können ..... 266
- Verstöße gegen Vereidigungsverbote sind Revisionsgrund ohne Rücksicht darauf, ob der T a t richter die die Vereidigung ausschließenden Umstände kannte oder kennen mußte ..... 267
- Zurechnungsunfähigkeit § 51 StGB**
- Das Jugendstrafrecht ist auf den unfertigen, noch formbaren Men-

schen zugeschnitten. Ist daher die sittliche und geistige Entwicklung eines Heranwachsenden auf der Stufe eines Jugendlichen wegen Schwachsinn abgeschlossen, so ist das allgemeine Strafrecht und nicht § 105 JGG anzuwenden, auch wenn der Schwachsinn nicht zu einer erheblichen Verminderung der Zurechnungsfähigkeit (§ 51 Abs. 2 StGB) geführt hat und eine „Nachreife“ zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr nicht auszuschließen ist 41

### Zuständigkeit

#### a) Allgemeines; Bestimmung durch Bundesgerichtshof

—Die Möglichkeit der Übertragung nach §§ 2, 4, 12 Abs. 2 endet, sobald ein Urteil im ersten Rechtszug ergangen ist ..... 251

—Ist der Verurteilte vor der Verkündung des BEG-Schlußgesetzes verstorben, so richtet sich die Zuständigkeit für eine Aufhebung oder Änderung der strafgerichtlichen Entscheidung nach dem Wohnsitz der Hinterbliebenen ..... 364

#### b) Örtliche Zuständigkeit

—Maßgebend für den Rechtsmittelzug ist die Gerichtsverfassung. Sie knüpft daran, welches Gericht — zuständig oder unzuständig — in der vorhergehenden Instanz tatsächlich entschieden hat. Der Rechtsmittelzug führt von diesem Gericht unabänderlich zu dem ihm durch die Gerichtsorganisation übergeordneten Gericht ..... 50

#### c) Verhindertsein des zuständigen Gerichts § 15 StPO

—§ 15 ist in der Rechtsmittelinstanz anwendbar, auch wenn bei der

Übertragung über die Grenzen eines Landes hinausgegangen werden muß; Bindungswirkung des § 358 Abs. 2, wenn die Sache vorher gemäß § 354 Abs. 2 zurückverwiesen worden war ..... 250

#### d) Jugendgerichtsverfahren

—Die Möglichkeit der Übertragung der Untersuchung und Entscheidung nach § 42 Abs. 3 JGG endet, sobald ein Urteil im ersten Rechtszug ergangen ist ..... 251

—Für die Berufung gegen ein Urteil des Jugendrichters ist die Jugendkammer nach § 41 Abs. 2 JGG auch dann zuständig, wenn das Rechtsmittel allein von einem erwachsenen Mitangeklagten eingelegt ist (Aufgabe von BGHSt 13, 157) 48

#### e) Sachliche Zuständigkeit

—Von Amts wegen zu prüfende Verfahrensvoraussetzung ..... 2

—Maßgebend für den Rechtsmittelzug ist die Gerichtsverfassung. Sie knüpft daran, welches Gericht — zuständig oder unzuständig — in der vorhergehenden Instanz tatsächlich entschieden hat. Der Rechtsmittelzug führt von diesem Gericht unabänderlich zu dem ihm durch die Gerichtsorganisation übergeordneten Gericht ..... 50

Zustellung §§ 36 ff StPO s. auch Rechtsmittel (Revision [Begründungsfrist § 345 StPO])

—Die nach § 181 Abs. 2 ZPO bewirkte Zustellung (hier: des Strafbefehls) an die (zur Entgegennahme bereite) Hauswirtin gilt als „Übergabe“ im Sinne des § 232 Abs. 4 StPO ..... 55

—Grundsätzlich darf nicht rechts überholt werden, auch wenn auf der Überholspur eine Kolonne und rechts nur einzelne Fahrzeuge fahren.

Ausnahmen: 1. Wenn auf beiden Fahrspuren Kolonnenverkehr herrscht. 2. Wenn die Kolonne auf der Überholspur steht, dürfen die Fahrzeuge auf der Normalspur mit äußerster Vorsicht und mit einer Geschwindigkeit von nicht mehr als 20 km/h vorfahren.

3. Wenn die linke Kolonne nur mit einer Geschwindigkeit von höchstens 60 km/h fährt, darf auf der Normalspur mit äußerster Vorsicht und mit einer Mehrgeschwindigkeit von höchstens 20 km/h vorgefahren werden.

Rechts darf auch überholen, wer sonst auffahren müßte... 137, 139

**Beschlagnahme §§ 94 ff StPO s. auch Hochverrat und Staatsgefährdung (Geldstrafen und Nebenfolgen § 98 StGB)**

—„Gefahr im Verzug“ (§ 98 Abs. 1) bei Beschlagnahme des Führerscheins eines betrunkenen Kraftfahrers durch die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsbeamten. Die Beschlagnahme ist auch zulässig, wenn die Gefahr weiterer Trunkenheitsfahrten oder Verletzung von Verkehrsvorschriften in schwerwiegender Weise besteht ..... 385

## B

### Beschuldigter; Angeklagter

—Inwieweit kann die Aussageverweigerung des Angeklagten gegen ihn verwertet werden? ..... 114

—Die Verwertung eines nach Belehrung (§§ 136, 163 a StPO) abgelegten Geständnisses ist gestattet, auch wenn in einer früheren Vernehmung gleiche Angaben ohne Belehrung gemacht wurden; offen bleibt, ob in diesem Fall auch die früheren Angaben verwertet wer-

den dürfen und ob die §§ 136, 163 a StPO nur bloße Ordnungsvorschriften sind (jetzt aber 170) ..... 129

—Ein Verstoß gegen die Belehrungspflicht des § 136 Abs. 1 StPO begründet kein Verwertungsverbot hinsichtlich der unter dieser Verletzung zustande gekommenen Aussagen des Beschuldigten. Auch § 136 n. F. ist bloße Ordnungsvorschrift. Offen bleibt, ob unter Umständen das Unterlassen der Belehrung einer Täuschung über die Aussagepflicht des § 136 a StPO gleichgestellt werden muß ..... 170

—Hängt die Vernehmungsfähigkeit eines Zeugen davon ab, daß er den Angeklagten nicht zu Gesicht bekommt (hier Gefahr eines Nervenzusammenbruchs des Notzuchtopfers), so hat der Angeklagte bei Vernehmung in seiner Abwesenheit (§ 247 StPO) keinen Anspruch auf unmittelbare persönliche Ausübung seines Fragerechts; an der Verhandlung über die Frage der Vereidigung ist er jedoch zu beteiligen ..... 290

### Betrug §§ 263 ff StGB

#### a) Allgemeines

—Ein Betrug ist beendet, wenn der Täter seine Bereicherungsabsicht auf Kosten des Geschädigten verwirklicht hat ..... 40

—Der Anstellungsbetrug ist mit Abschluß des Anstellungsvertrages beendet. Mit diesem Zeitpunkt beginnt die Verjährung ..... 38

#### b) Täuschung

—Es ist gleichgültig, ob der Täter durch die Täuschung einen nach § 123 BGB anfechtbaren Vertrag herbeigeführt oder aber nur den Schein eines in Wahrheit nicht geschlossenen Vertrags entstehen läßt  
89

#### c) Vermögensschaden

—Die Tatsache allein, daß die Unterschrift unter einen Bestell-

- bb) Wahlfeststellung § 2 StGB aF; §§ 260, 267 Abs. 1 StPO
- Zulässig, ob die Tat aus niederen Beweggründen oder zur Ermöglichung einer anderen Straftat begangen worden ist ..... 12
  - Nur zulässig, wenn (z. B. bei Diebstahl und Hehlerei; Raub und räuberischer Erpressung) die mehreren möglichen, sich gegenseitig ausschließenden und nicht in einem Stufenverhältnis stehenden Verhaltensweisen rechtsethisch und psychologisch gleichwertig sind. Sonst muß beiden (allen) Möglichkeiten gegenüber von dem Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“ Gebrauch gemacht und freigesprochen werden 159
  - Kann dem Täter nicht nachgewiesen werden, daß er das nicht zum Geschlechtsverkehr bereit gewesene (unbescholtene) Mädchen (unter 16 Jahren) vergewaltigt hat, so ist er nach dem Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“ wegen Verführung strafbar ..... 154
- i) Sitzungsniederschrift §§ 271 ff StPO
- Die Erteilung des letzten Wortes (§ 258 Abs. 3) ist wesentliche Förmlichkeit und kann nur durch die Sitzungsniederschrift und nicht durch dienstliche Äußerung bewiesen werden ..... 280
- Hausfriedensbruch § 123 StGB**
- Der bei schwerem Diebstahl (§ 243 Abs. 1 Nr. 2) begangene Hausfriedensbruch wird konsumiert .. 129
- Hehlerei § 259 StGB**
- a) Sachhehlerei
- Vollendetes Mitwirken zum Absatz setzt nicht voraus, daß der Absatz gelungen ist ..... 207
- b) Konkurrenzen
- Anstiftung (Beihilfe) zum Diebstahl sowie Hehlerei stehen in der Regel auch dann im Verhältnis der Tatmehrheit, wenn sich die Anstiftung (Beihilfe) auf die später gehehlte Beute bezog ..... 206
- Hochverrat und Staatsgefährdung §§ 80 ff StGB**
- a) Einziehung; Unbrauchbarmachung § 86 StGB
- Die Einziehung kann als Sicherungsmaßnahme auch gegen Uneteiligte angeordnet werden ... 110
- b) Geldstrafen und Nebenfolgen § 98 StGB
- Beschlagnahme des als Druckschrift zur Verbreitung im Bundesgebiet bestimmten Programmentwurfs einer durch das Bundesverfassungsgericht aufgelösten Partei .... 108
- I J
- Irrtum**
- a) Allgemeines
- Irrtum über in der Rechtsordnung nicht anerkannten Rechtfertigungsgrund ..... 225
- b) Verbotsirrtum
- Rechtsunkenntnis eines Ausländers (hier Türke) über den deutschen Moralbegriff ..... 80
  - Die Erkenntnis des Untergebenen, daß der ihm erteilte Befehl eine Handlung betraf, welche ein Verbrechen oder Vergehen bezweckte (§ 47 MStGB), schließt nicht aus, daß er den Befehl gleichwohl glaubte ausführen zu müssen, weil er aus falsch verstandener Gehorsams- oder Treupflicht auch Befehle für verbindlich hielt, die ihm die Begehung strafbarer Handlungen ansahen. Ein solcher Irrtum betrifft einen von der Rechtsordnung nicht anerkannten Rechtfertigungsgrund. Er ist Verbotsirrtum ..... 223
  - Das Unrechtsbewußtsein bei der „Blutschande“ zwischen Schwägerten bedarf besonderer Prüfung, wenn durch die Ehe, auf der das Schwägerschaftsverhältnis beruht, keine wirkliche eheliche Lebensgemeinschaft begründet werden sollte 314

schein erschlichen worden ist und der Getäuschte gar nichts bestellen wollte, reicht zur Bejahung eines Vermögensschaden nicht aus... 88

### Beweisantrag § 244 Abs. 3 StPO

#### a) Allgemeines

—Der Antrag war zwar auf die Ladung der Zeuginnen vor das Prozeßgericht gerichtet. Die Fürsorgepflicht hätte die Strafkammer aber veranlassen müssen, den Verteidiger zu fragen, ob er sich auch mit einer kommissarischen Vernehmung der Zeuginnen begnügen würde 122

#### b) Hilfsbeweisanspruch

—Die Ablehnung wegen Verschleppungsabsicht — gleichgültig, ob vom Verteidiger oder vom Angeklagten gestellt — darf nicht den Gründen des Urteils überlassen werden ..... 124

—Zur Verschleppungsabsicht ... 126

#### c) Beweismittel

—Gleichwertige Beweismittel sind untereinander austauschbar (z. B. der eine Auskunft erteilende Beamte durch einen anderen Beamten der Dienststelle, ein Sachverständiger durch einen anderen). Ob das gewählte Beweismittel gegenüber dem angebotenen gleichwertig ist, kann nicht generell entschieden werden. Zweifel über die Gleichwertigkeit müssen zugunsten des angebotenen Beweismittels ausschlagen .... 349

—Austauschbarkeit von Beweismitteln (hier Benutzung einer Straßenkarte statt der vom Verteidiger beantragten Polizeiauskunft) ... 347

—Ein erreichbarer Zeuge kann nicht durch einen anderen Zeugen oder ein anderes Beweismittel ersetzt werden ..... 349

### Beweiswürdigung § 261 StPO

#### a) Allgemeines; Voraussetzungen und Grenzen der Überzeugungsbildung

—Die Zeugnisverweigerung eines Angehörigen darf nicht gegen den Angeklagten verwertet werden (gegen BGHSt 2, 351) ..... 113

—Inwieweit kann die Aussageverweigerung des Angeklagten gegen ihn verwertet werden? ..... 114

—Der Grundsatz der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit (§ 250 StPO) besagt nur, daß die persönliche Vernehmung einer Auskunftsperson allein in den vom Gesetz vorgesehenen Ausnahmefällen durch Verlesung eines Protokolls oder einer schriftlichen Erklärung ersetzt werden darf. Er bedeutet nicht, daß der Beweis von Tatsachen nur mit solchen persönlichen Beweismitteln geführt werden dürfte, die zu den festzustellenden Tatsachen „in größtmöglicher Nähe stehen“. Er verbietet nicht die Verwertung von Aussagen vom Hörensagen (Besonderheiten für den Sachverständigenbeweis s. unter Sachverständiger). 270

—Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs kann gebieten, daß das Revisionsgericht prüft, ob dem Angeklagten ein in der angefochtenen Entscheidung verwertetes Protokoll über seine polizeiliche Vernehmung in der Hauptverhandlung vorgehalten wurde ..... 26

—Die Verwertung eines nach Belehrung (§§ 136, 163 a StPO) abgelegten Geständnisses ist gestattet, auch wenn in einer früheren Vernehmung gleiche Angaben ohne Belehrung gemacht wurden; offen bleibt, ob auch die früheren Angaben verwertet werden dürfen und ob die §§ 136, 163 a StPO bloße Ordnungsvorschrift sind (s. jetzt aber 170). ..... 129

—Ein Verstoß gegen die Belehrungspflicht des § 136 Abs. 1 StPO begründet grundsätzlich kein Verwertungsverbot hinsichtlich der Aussagen des Beschuldigten. Auch § 136 n. F. ist bloße Ordnungsvorschrift.

- Offen bleibt, ob unter Umständen das Unterlassen der Belehrung einer Täuschung i. S. des § 136 a gleichgestellt werden muß ..... 170
- Daß ein Laienrichter das Ergebnis vorwegnehmende Presseveröffentlichungen gelesen hat, rechtfertigt kein Mißtrauen gegen seine Unparteilichkeit ..... 289
- Die zur Beweisaufnahme über ein Geständnis verlesenen früheren Erklärungen eines Angeklagten dürfen auch gegen einen Mitangeklagten verwendet werden. Wegen des engen inneren Zusammenhangs der festzustellenden äußeren Vorgänge ist nur eine einheitliche Tatsachenfeststellung hinsichtlich aller Angeklagten denkbar ..... 372
- b) Lückenhafte, unvollständige Beweiswürdigung**
- Nichterörterung naheliegender Möglichkeiten als Revisionsgrund ..... 185
- c) Indizienbeweis**
- Indizien für Diebstahlsabsicht . 46
- d) In dubio pro reo**
- Stehen die möglichen Verhaltensweisen in einem Stufenverhältnis (z. B. Versuch — Vollendung; einfacher — schwerer Diebstahl; uneidliche Falschaussage — Meineid) und ist nur die Aufklärung der Erschwerung nicht möglich, so ist aus dem leichteren Gesetz zu verurteilen ..... 156
- Anwendung bei der Frage, ob ein Versuch beendet ist ..... 333
- Kann dem Täter nicht nachgewiesen werden, daß er das nicht zum Geschlechtsverkehr bereit gewesene (unbescholtene) Mädchen (unter 16 Jahren) vergewaltigt hat, so ist er nach dem Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“ wegen Verführung strafbar ..... 154
- Bleibt ungewiß, ob eine Prozeßvoraussetzung vorliegt, ist das Verfahren einzustellen ..... 93

**e) Lebenserfahrung**

- Gegenüber dem mittelbaren Beweis durch eine Verhörsperson ist der unmittelbare Beweis durch die aus einer Urkunde (hier Geständnis nach § 253 Abs. 1 StPO) verlesenen früheren Erklärungen eines Mitangeklagten erfahrungsgemäß das verlässlichere Beweismittel ..... 375
- Für die Unparteilichkeit von Richtern spricht die Vermutung .. 295
- Durch vorsichtige Wertung der einen Mitangeklagten belastenden Erklärung ist der Erfahrung Rechnung zu tragen, in aller Regel bezeuge zwar niemand wahrheitswidrig etwas Nachteiliges gegen sich selbst, dies gelte aber nicht für die Beschuldigung anderer durch einen geständigen Täter ..... 375
- Ob eine Vernehmung durch einen Richter oder einen Konsul in England einen wesentlichen Gewinn für die Wahrheitsfindung verspricht, ist zweifelhaft ..... 121

**Bundesentschädigungsgesetz s. auch Entschädigungsgesetze**  
**BEG-SchlußG v. 14. September 1965,**  
**BGBl I 1315, Art. IX Abs. 2**

- Ist der Verurteilte vor der Verkündung des Gesetzes verstorben, so richtet sich die Zuständigkeit für eine Aufhebung oder Änderung der strafgerichtlichen Entscheidung nach dem Wohnsitz der Hinterbliebenen ..... 364

**Bundesnotarordnung**

- Geht es in einem Zivilprozeß darum, welche Folgerungen aus einer in einer notariellen Urkunde niedergelegten Vertragsbestimmung zu ziehen sind, so ist das eine „Auslegung“ des Vertrages im Sinne des § 45 Nr. 4 BRAO. Der Rechtsanwalt, der in diesem Prozeß als Vertreter einer Prozeßpartei tätig wird, obwohl er vorher als Notar die Urkunde aufgenommen hat, verletzt seine anwaltliche Standespflicht zur Wahrung seiner Unabhängigkeit. Hängt diese Standespflichtverlet-

- zung überwiegend mit dem Amt als Notar oder mit der Tätigkeit als Rechtsanwalt zusammen? Wie berechnet sich bei einem komplexen Gesamtverhalten die Fünfjahresfrist des § 115 BRAO? ..... 157
- Eine vom Landgerichtspräsidenten ausgesprochene Mißbilligung nach § 94 ist keine Disziplinarstrafe. Sie steht daher einem ehrengerichtlichen Verfahren nicht entgegen (kein ne bis in idem) ..... 161

### Bundesrechtsanwaltsordnung

- Begriff „Auslegung“ in § 45 Nr. 4. Geht es in einem Zivilprozeß darum, welche Folgerungen aus einer in einer notariellen Urkunde niedergelegten Vertragsbestimmung zu ziehen sind, so ist das eine „Auslegung“ des Vertrages. Der Rechtsanwalt, der in diesem Prozeß als Vertreter einer Prozeßpartei tätig wird, obwohl er vorher als Notar die Urkunde aufgenommen hat, verletzt seine anwaltliche Standespflicht. Hängt diese Standespflichtverletzung überwiegend mit dem Amt als Notar oder mit der Tätigkeit als Rechtsanwalt zusammen? Wie berechnet sich bei einem komplexen Gesamtverhalten die Fünfjahresfrist des § 115 ..... 157
- Hat eine Gewerkschaft eine Forderung derart an ein Vorstandsmitglied abgetreten, daß dieses die Forderung einklagen und einziehen, der Forderungsbetrag aber der Gewerkschaft zufließen soll, so darf der in einem ständigen Dienstverhältnis zu der Gewerkschaft stehende Rechtsanwalt das Vorstandsmitglied nicht als Prozeßbevollmächtigter beim Einklagen der Forderung vertreten (§ 46) ..... 334

## D

### Diebstahl §§ 242 ff StGB

#### a) Allgemeines

- Wann liegt Diebstahl und nicht nur unbefugte Ingebrauchnahme eines Fahrzeugs nach § 248 b vor? ... 45

- Eine Tat ist nur als Raub und nicht als Raub in Tateinheit mit Diebstahl zu beurteilen, wenn der Täter mehr als ursprünglich beabsichtigt wegnimmt ..... 350

#### b) Fremder Gewahrsam; Gewahrsamsbruch

- Wann hat der Verwahrer eines — hier an gemietetem Fernseher angebrachten — verschlossenen Geldbehältnisses Alleingewahrsam auch am Inhalt, wenn sich der Schlüssel zu dem Behältnis in der Hand eines anderen befindet (Beweglichkeit — Unbeweglichkeit oder Schwerbeweglichkeit des Behältnisses [Gasautomat, Panzerschrank]; Kenntnis des Schlüsselinhabers vom Ort des Behältnisses, ungehinderter Zutritt zu ihm) ..... 180

- Diebstahl und nicht nur unbefugte Ingebrauchnahme nach § 248 b, wenn der Täter den Gewahrsam des Berechtigten nicht wieder herstellen will. Ein solcher Wille fehlt, wenn das Fahrzeug nicht in eine Lage zurückgeführt werden soll, die es dem Berechtigten ohne besondere Mühe ermöglicht, seine ursprüngliche Verfügungsgewalt wieder zu erlangen; Indizien dafür 45

#### c) Vorsatz

- Diebstahl und nicht nur unbefugte Ingebrauchnahme nach § 248 b, wenn der Täter den Gewahrsam des Berechtigten nicht wiederherstellen will. Ein solcher Wille fehlt, wenn das Fahrzeug nicht in eine Lage zurückgeführt werden soll, die es dem Berechtigten ohne besondere Mühe ermöglicht, seine ursprüngliche Verfügungsgewalt wieder zu erlangen; Indizien dafür 45
- Der zunächst auf bestimmte Gegenstände beschränkte Vorsatz bleibt derselbe, auch wenn er sich im Rahmen einer einheitlichen Tat hinsichtlich des Gegenstandes verengt, erweitert oder sonst ändert. Wer einen Einbruch verübt, macht sich des schweren Diebstahls schul-

**Unzucht****a) Blutschande § 173 StGB**

—Das Unrechtsbewußtsein bei der „Blutschande“ zwischen Verschwägerten bedarf besonderer Prüfung, wenn durch die Ehe, auf der das Schwägerschaftsverhältnis beruht, keine wirkliche eheliche Lebensgemeinschaft begründet werden sollte ..... 314

—Konkurrenz mit Unzucht mit Abhängigen ..... 317

**b) Unzucht mit Abhängigen § 174 Nr. 1 StGB**

—Mißbrauch zur Unzucht (Ausnutzung der Überlegenheit nicht erforderlich; Einwilligung in der Regel bedeutungslos) ..... 315

—Inhalt der Betreuungsverhältnisse („Onkel“) ..... 314

—Ein Betreuungsverhältnis dauert in der Regel fort, auch wenn sich die Minderjährige der Aufsicht entzieht; es kann aber durch Überführung in eine eheähnliche Lebensgemeinschaft schon vor Erreichung der Volljährigkeit der ursprünglich Betreuten beendet werden ..... 314

—Konkurrenz mit Blutschande . 317

**c) Notzucht § 177 StGB**

—Kann dem Täter nicht nachgewiesen werden, daß er das nicht zum Geschlechtsverkehr bereit gewesene (unbescholtene) Mädchen (unter 16 Jahren) vergewaltigt hat, so ist er nach dem Grundsatz „in Zweifel für den Angeklagten“ wegen Verführung strafbar ..... 154

**d) Verführung § 182 StGB**

—Begriff ..... 157

—Kann dem Täter nicht nachgewiesen werden, daß er das nicht zum Geschlechtsverkehr bereit gewesene (unbescholtene) Mädchen (unter 16 Jahren) vergewaltigt hat, so ist er nach dem Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“ wegen Verführung strafbar ..... 154

**e) Entführung § 236 a.F. StGB**

—Das Merkmal „Entführung“ ist wegen der hohen Strafdrohung eng auszulegen. Nicht jede Aufenthaltsveränderung genügt, die die Widerstands- und Verteidigungsmöglichkeit einer Frau herabsetzt (mehrere Mädchen, kurze Entfernung von der Straße). Voraussetzung ist vielmehr, daß der Täter die Frau so in seine Gewalt bringt, daß sie nach den tatsächlichen Umständen des Einzelfalles seinem ungehemmten Einfluß preisgegeben ist ... 178

**Urkundenbeweis §§ 249 ff StPO****a) Vorhalt**

—Aus dem Urteil muß sich deutlich ergeben, daß Beweisgrundlage nicht das dem Zeugen vorgehaltene Vernehmungsprotokoll ist, sondern die Aussage des Zeugen selbst .... 172

**b) Verlesung von Protokollen § 251****aa) Abs. 1**

—Die Niederschrift über die richterliche Vernehmung eines Zeugen darf in der Hauptverhandlung nach Abs. 1 nur verlesen werden, wenn der zur Vernehmung zugezogene Dolmetscher nach § 189 GVG vereidigt worden ist. Gleiches gilt bei Nichtzuziehung eines Protokollführers. Sie kann jedoch als nichtrichterliche Niederschrift behandelt und nach Abs. 2 verlesen werden

118

—Die Niederschrift kann verlesen werden, obwohl der Angeklagte vom Vernehmungstermin nicht benachrichtigt war, wenn er z. Z. der Vernehmung noch nicht von einem Richter als Angeschuldigter vernommen worden war (§ 169 Abs. 2)

120

—Ein im Ausland wohnender Zeuge ist nur dann unerreichbar, wenn er dort nicht im Wege der Rechts Hilfe vernommen werden kann oder wenn der persönliche Eindruck von dem Zeugen so entschei-

## E

**Einstellung; Ausscheidung von Unwesentlichem § 154 a StPO**

- Auch bei Beschränkung der Strafverfolgung nach § 154 a Abs. 1 oder Abs. 2 unterbrechen richterliche Handlungen die Verjährung in vollem Umfang; es bleiben also die vorläufig ausgeschiedenen Gesetzesverletzungen verfolgsbar

105

**Eröffnungsbeschuß**

- Kann die Revision auf einen Besetzungsfehler beim Erlass des Eröffnungsbeschlusses gestützt werden? .....
- Die Prüfung von Amts wegen, ob ein — rechtsgültiger — Eröffnungsbeschuß vorliegt, verpflichtet das Revisionsgericht nicht, von sich aus zu klären, ob die an der Beschußfassung beteiligten Richter ordnungsgemäß zu Mitgliedern der Beschußkammer bestellt worden sind. Verfahrensverstöße dieser Art müssen in einer § 344 Abs. 2 Satz 2 StPO entsprechenden Weise gerügt werden. Hierzu genügt nicht das nicht näher ausgeführte Vorbringen, die mitwirkenden Richter hätten der zur Entscheidung berufenen Strafkammer nicht angehört

170

**Erpressung §§ 253 ff StGB**

- Fortsetzungszusammenhang zwischen einfacher und räuberischer Erpressung möglich; jedoch ist im Urteil zum Ausdruck zu bringen, wenn die im übrigen nur aus Vergehen bestehende Fortsetzungstat ein — nur — versuchtes Verbrechen einschließt .....

94

## F

**Fahrlässigkeit**

- Bei Fahrlässigkeitstaten ist Fortsetzungszusammenhang ausgeschlossen

71

**Fahruntüchtigkeit §§ 315 c Abs. 1 Nr. 1 a, 316 StGB**

- Auch ein Kraft r a d fahrer ist erst

bei 1,3 ‰ unbedingt (absolut) fahruntüchtig. Bleibt der Blutalkoholgehalt unter diesem Wert, so müssen die Besonderheiten des Kraftstofffahrens bei der Prüfung der bedingten (relativen) Fahruntüchtigkeit berücksichtigt werden ...

352

**Freiwillige Gerichtsbarkeit, Gesetz über die Angelegenheiten der —**

- Ein Notar, der entgegen § 183 Abs. 1 eine nicht vor ihm vollzogene oder in seiner Gegenwart von dem Unterzeichner anerkannte Unterschrift beglaubigt, kann, sofern die Unterschrift echt ist, nicht wegen Falschbeurkundung im Amt verurteilt werden. (Die Entscheidung BGHZ 38, 347, 353 bezieht sich auf § 177 Abs. 1 FGG). Notwendiger Inhalt des Beglaubigungsvermerks .....

32

## G

**Geltung der Strafgesetze, Zeitliche Geltung § 2 StGB, Zeitgesetze**

- Gesetzesänderung hat rückwirkende Kraft, wenn sie auf einem grundlegenden Wandel der Wirtschaftspolitik beruht, nicht aber wenn nur die bisher auch vom Finanzamt ausgeübte Wahrung staatlicher Interessen ausschließlich der Staatsanwaltschaft übertragen wird.
- Neues Verfahrensrecht hat ohne ausdrückliche anderweitige Regelung keine rückwirkende Kraft

324

325

**Gewahrsam**

- Wann hat der Verwahrer eines — hier an gemietetem Fernseher angebrachten verschlossenen Geldbehältnisses Alleingewahrsam auch am Inhalt, wenn sich der Schlüssel zu dem Behältnis in der Hand eines anderen befindet (Beweglichkeit — Unbeweglichkeit oder Schwerbeweglichkeit des Behältnisses [Gasautomat, Panzerschrank]; Kenntnis des Schlüsselhabers vom Ort des Behältnisses, ungehinderter Zutritt zu ihm) .....

180

Befehl glaubte ausführen zu müssen, weil er aus falsch verstandener Gehorsams- oder Treupflicht auch Befehle für verbindlich hielt, die ihm die Begehung strafbarer Handlungen ansannen. Ein solcher Irrtum betrifft einen von der Rechtsordnung nicht anerkannten Rechtfertigungsgrund. Er ist Verbotsirrtum ..... 223

- Bei § 47 reichen bloße Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines Befehls oder zurechenbares Verkennen seiner Unrechtmäßigkeit zur Strafbarkeit nicht aus, vielmehr ist sicheres Wissen erforderlich. Nicht ausgeschlossen ist jedoch die Anwendung der für den Verbotsirrtum entwickelten Rechtssätze ..... 225

## N

### Nichtanzeige geplanter Verbrechen §§ 138 ff StGB

#### Belohnung und Billigung § 140

- „Öffentliche Billigung“ ..... 282  
—Die gebilligten Verbrechen können sich gegen ausländische Rechtsgüter richten ..... 285

### Notstand §§ 52, 54 StGB; Übergesetzlicher Notstand

- Auf der Autobahn darf rechts überholen, wer sonst auffahren müßte  
139

### Notzucht § 177 StGB

- Die Tat ist nicht im Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeuges begangen, wenn der Täter sich zur Notzucht erst nach Beendigung der Fahrt entschließt und das Fahrzeug auch nicht zur Flucht benutzt ..... 328

## O

### Öffentlicher Weg

- Der Rechtsbegriff wird in zahlreichen Strafvorschriften (z. B. §§ 116 Abs. 1, 243 Abs. 1 Nr. 4, 250 Nr. 3, 304 Abs. 1 StGB) einheitlich verwendet. Merkmale ..... 212

## P Q

## R

### Raub §§ 249 ff, 316 a StGB

#### a) Allgemeines

- Die Tat ist nur als Raub und nicht als Raub in Tateinheit mit Diebstahl zu beurteilen, wenn der Täter mehr als ursprünglich beabsichtigt wegnimmt ..... 350

#### b) Schwerer Raub § 250

##### aa) Nr. 1

- Mit Tränengas gefüllte Sprühdosen, die zur Abwehr von Angreifern bestimmt sind, sind Waffen im technischen Sinn ..... 230  
—Der Erschwerungsgrund des Mitführens von Waffen ist auch dann gegeben, wenn sie nur zu dem Zweck mitgeführt werden, den Rückzug zu decken ..... 230

##### bb) Nr. 3

- Parkwege können auch dann öffentlich sein, wenn für das Betreten der Parkanlage eine Gebühr verlangt wird ..... 209  
—Für die „Öffentlichkeit“ kommt es nicht auf die Eigentumsverhältnisse, auf die Eignung für bestimmte Verkehrsarten oder die Zahl der Besucher an ..... 212  
—Das Merkmal „auf einem öffentlichen Weg“ kann verwirklicht werden, solange die Tat nicht beendet ist  
228

#### c) Besonders schwerer Raub § 251

- Zur rechtlichen Beurteilung eines Raubüberfalls mit tödlichem Ausgang bei Fehlen eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen der tatbestandsmäßigen Gewaltanwendung und Tod des Opfers. (Der Überfallene war den fortgelaufenen Räubern nachgeeilt, dabei gestürzt und zu Tode gekommen)  
362

#### d) Räuberische Erpressung § 255

- Das Merkmal der Begehung auf einem öffentlichen Weg kann noch bis zur Beendigung der Erpressung verwirklicht werden. (Hier: Fort-

ENTSCHEIDUNGEN  
DES BUNDESGERICHTSHOFES  
IN STRAFSACHEN



22. BAND

BIBLIOTECA DE LA CORTE SUPREMA	
NO. DE ORDEN	43450
UBICACIÓN	



1969

CARL HEYMANNS VERLAG KG  
KÖLN · BERLIN

**Grundgesetz**

- Die nachträgliche Anerkennung eines Soldaten als Kriegsdienstverweigerer hindert nicht seine Bestrafung wegen einer Gehorsamsverweigerung, die er nach Antragstellung begangen hat (Art. 4 Abs. 3) 146
- Die Rücklieferung eines Deutschen in das Ausland ist keine Auslieferung i. S. des Art. 16 Abs. 2 Satz 1 62
- Ein Bundestagsabgeordneter kann Geschworener sein; dies verletzt nicht den Grundsatz der Gewaltenteilung in Art. 20 Abs. 2 S. 20 85
- Umfang des rechtlichen Gehörs 339
- Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs (GG Art. 103 Abs. 1) kann gebieten, daß das Revisionsgericht prüft, ob dem Angeklagten ein in der angefochtenen Entscheidung verwertetes Protokoll über seine polizeiliche Vernehmung in der Hauptverhandlung vorgehalten wurde ..... 26
- Weitgehende Nachprüfung von Verfahrensmängeln, die mit einer Verfassungsbeschwerde erfolgreich geltend gemacht werden könnten, schon in der Revisionsinstanz. 29

**H****Hauptverhandlung**

- a) **Terminsbestimmung § 213 StPO (Ort, Tag, Stunde); §§ 91, 166 GVG**
- Das Gericht kann nach seinem Ermessen nicht nur Teile, sondern die gesamte Hauptverhandlung außerhalb seines Bezirks durchführen. Lehnt es die Durchführung der Hauptverhandlung außerhalb seines Bezirkes ab, so kann dies zur tatsächlichen Verhinderung im Sinne von § 15 StPO führen .... 250
- b) **Öffentlichkeit § 169 GVG; §§ 48 109 JGG; § 338 Nr. 6 StPO**
- Ist jemand wegen Taten angeklagt, die er teils als Jugendlicher, teils als Heranwachsender begangen hat, so findet die Hauptverhandlung, sofern nicht gleichzeitig gegen heranwachsende oder erwachsene Täter verhandelt wird, kraft Gesetzes unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt ..... 21
- Verwehrt ein Gerichtswachtmeister irrtümlich einer Person den Zutritt zu einer Verhandlung, ohne daß das Gericht den Vorfall bemerken kann, so ist das Gesetz nicht verletzt ..... 297
- Bestimmte Personen (Personengruppen) dürfen ohne gesetzlichen Grund oder willkürlich nicht von der Teilnahme an der Verhandlung ausgeschlossen werden .. 299
- Fernseh- und Rundfunkaufnahmen bei der Urteilsverkündung als Revisionsgrund; das Urteil wird regelmäßig auf der Zulassung beruhen. Das Einverständnis des Angeklagten und des Verteidigers oder gar deren Initiative ändert daran nichts ..... 83

**c) Angeklagter**

- Das Gericht kann durch zu begründenden Beschluß nach § 247 Abs. 1 StPO den Angeklagten auch dann abtreten lassen, wenn ein zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigter Zeuge erklärt, von diesem Recht Gebrauch zu machen, falls er in Gegenwart des Angeklagten vernommen werde. Folgen des Fehlens einer Begründung 18
- Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs kann gebieten, daß das Revisionsgericht prüft, ob dem Angeklagten ein in der angefochtenen Entscheidung verwertetes Protokoll über seine polizeiliche Vernehmung in der Hauptverhandlung vorgehalten wurde ..... 26
- Hängt die Vernehmungsfähigkeit eines Zeugen davon ab, daß er den Angeklagten nicht zu Gesicht bekommt, so hat der Angeklagte bei Anwendung des § 247 StPO keinen Anspruch auf unmittelbare

- b) Tatmehrheit § 74**  
 —Anstiftung (Beihilfe) zum Diebstahl und Hehlerei stehen in der Regel auch dann im Verhältnis der Tatmehrheit, wenn sich die Anstiftung (Beihilfe) auf die später gehohelte Beute bezog ..... 206
- c) Fortgesetzte Handlung**  
 —Bei Fahrlässigkeitstaten ist Fortsetzungszusammenhang ausgeschlossen 71  
 —Fortsetzungszusammenhang zwischen einfacher und räuberischer Erpressung möglich; jedoch ist im Urteil zum Ausdruck zu bringen, wenn die im übrigen aus Vergehen bestehende Fortsetzungstat ein nur versuchtes Verbrechen einschließt 94  
 —Die irrtümliche Annahme eines fortgesetzten Deliktes statt mehrerer einzelner beschwert in der Regel den Angeklagten nicht .... 71
- Körperverletzung §§ 223 ff StGB**  
**a) Gefährliche Körperverletzung § 223 a**  
 —Gefährliche Werkzeuge (chemische Mittel; ein auf den Menschen gezetzter Hund) ..... 237  
 —Werkzeuge sind nur solche Gegenstände, die durch menschliche Einwirkung in Bewegung gesetzt werden können. Eine mit einem Gebäude fest verbundene Wand ist kein Werkzeug in diesem Sinne (Stoßen des Kopfes an die Wand) .... 235
- b) Schwere Körperverletzung § 224**  
 —Versuchter Totschlag konsumiert die dabei begangene schwere Körperverletzung; offen bleibt, ob dies wegen der Höchststrafe auch bei Zusammentreffen eines versuchten Tötungsdelikts mit beabsichtigter schwerer Körperverletzung nach § 225 zutrifft ..... 250
- c) Beabsichtigte schwere Körperverletzung § 225**  
 —Versuchter Totschlag konsumiert die dabei begangene schwere Körper-

perverletzung; offen bleibt, ob dies wegen der Höchststrafe auch bei Zusammentreffen eines versuchten Tötungsdelikts mit beabsichtigter schwerer Körperverletzung nach § 225 zutrifft ..... 250

**d) Körperverletzung mit Todesfolge § 226**

- Ursächlichkeit der Körperverletzung für den Tod erforderlich 363

**Kraftfahrzeugschein s. auch Straßenverkehrszulassungsordnung**

- Nur die zur Kontrolle befugten Amtspersonen haben ein Recht auf Einsicht, nicht auch Privatpersonen 205

## L

## M

**Maßregeln der Sicherung und Besserung §§ 42 ff StGB**

**a) Allgemeines; Prozessuales**

- Hinweispflicht des Vorsitzenden nach § 265 Abs. 2 StPO ..... 30

**b) Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt § 42 b StGB; §§ 429 a, 429 b StPO**

- Die — alleinige — Anordnung der Unterbringung ist zulässig, wenn die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten mit Sicherheit wenigstens erheblich vermindert war, er aber nicht bestraft werden kann, weil sie möglicherweise ganz ausgeschlossen war ..... 4

**c) Entziehung der Fahrerlaubnis § 42 m**

- Die Tat ist nicht im Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeuges begangen, wenn der Täter sich zur Notzucht erst nach Beendigung der Fahrt entschließt und das Fahrzeug auch nicht zur Flucht benutzt ..... 328

**Militärstrafgesetzbuch**

- Die Erkenntnis des Untergebenen, daß der ihm erteilte Befehl ein Verbrechen (Vergehen) bezweckte (§ 47), schließt nicht aus, daß er den

—Der Täter muß das Unrechtmäßige gerade derjenigen Tatbestandsverwirklichung erkannt haben oder erkannt haben können, die ihm zur Last gelegt wird ..... 318

### Jugendgerichtsgesetz

—Erkennt die Jugendkammer auf die nach § 18 Abs. 1 zulässige Höchststrafe, so ist die Einbeziehung einer früheren Verurteilung zu unbestimmter Jugendstrafe unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 2 stets geboten und für eine Anwendung des § 31 Abs. 3 kein Raum. Es bleibt offen, ob in — nicht bezeichneten — Ausnahmefällen zwei Jugendstrafen, deren Gesamtdauer die gesetzliche Höchststrafe übersteigt, zulässig sind ..... 24

—Ist jemand wegen Taten angeklagt, die er teils als Jugendlicher, teils als Heranwachsender begangen hat, so findet die Hauptverhandlung, sofern nicht gleichzeitig gegen heranwachsende oder erwachsene Täter verhandelt wird, kraft Gesetzes unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt ..... 21

—Für die Frage, ob der Angeklagte als Jugendlicher oder als Heranwachsender zu betrachten ist, kommt es nach § 1 Abs. 2 allein darauf an, wie alt der Angeklagte zur Zeit der ihm zur Last gelegten Tat war. Das gilt für das Verfahrensrecht ebenso wie für das sachliche Jugendstrafrecht ..... 24

—Das Jugendstrafrecht ist auf den unfertigen, noch formbaren Menschen zugeschnitten. Ist daher die sittliche und geistige Entwicklung eines Heranwachsenden auf der Stufe eines Jugendlichen wegen Schwachsinn abgeschlossen, so ist das allgemeine Strafrecht und nicht § 105 anzuwenden, auch wenn der Schwachsinn nicht zu einer erheblichen Verminderung der Zurechnungsfähigkeit (§ 51 Abs. 2 StGB) geführt hat und eine „Nachreife“

zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr nicht auszuschließen ist .. 41

—Für die Berufung gegen ein Urteil des Jugendrichters ist die Jugendkammer nach § 41 Abs. 2 auch dann zuständig, wenn das Rechtsmittel allein von einem erwachsenen Mitangeklagten eingelegt ist ..... 48

### K

#### Konkursordnung, Einfacher Bankerott § 240 Abs. 1 Nr. 1

—Wer im Spiel übermäßige Summen verliert, wird sie allein damit noch nicht schuldig (hier: Hingabe eines Schecks, der rechtzeitig gesperrt wurde, für die Spielschuld) ... 360

#### Konkurrenzen §§ 73 ff StGB

##### a) Tateinheit; natürliche Handlungseinheit § 73

—Tateinheit liegt vor, wenn dieselbe Handlung mehrere Strafgesetze in der Weise verletzt, daß sich die Ausführungshandlungen mehrerer Straftaten mindestens teilweise decken. Daß schon die Teilnahme an der Vortat von demselben Beweggrund getragen ist wie die Hehlerei (nämlich von der Absicht, sich den Wert der Beute zu verschaffen), genügt nicht. Beweggründe sind keine Ausführungshandlungen, die eine Tateinheit begründen ..... 208

—Handlungseinheit bei verschiedenen Gefährdungen mehrerer Personen? 71

—Eine natürliche Handlungseinheit ist die Ausnahme. Sie ist nur anzunehmen, wenn die einzelnen Betätigungsakte räumlich und zeitlich in so engem Zusammenhang stehen, daß sie nach der Auffassung des Lebens schon äußerlich eine Einheit bilden ..... 209

—Natürliche Handlungseinheit von Verkehrsstraftaten „auf der Flucht vor der Polizei“ ..... 76

—Tateinheit von Raub und fahrlässiger Tötung ..... 362

gültig ist die Vorstellung des Täters über den Rechtsbegriff der Heimtücke, über die Strafe und ob er gerade einen Arg- und Wehrlosen töten will; notwendig ist nur sein Bewußtsein der tatsächlichen Umstände, welche die Tötung zu einer heimtückischen machen .. 77

**dd) Ermöglichen oder Verdecken einer anderen Straftat**

—Wahlfeststellung zulässig, ob die Tat aus niederen Beweggründen oder zur Ermöglichung einer anderen Straftat begangen worden ist ..... 12

**b) Totschlag § 212**

—Versuchter Totschlag konsumiert die dabei begangene schwere Körperverletzung nach § 224; offen bleibt, ob dies mit Hinsicht auf die Höchststrafe auch bei Zusammenreffen eines versuchten Tötungsdelikts mit beabsichtigter schwerer Körperverletzung nach § 225 zutrifft ..... 250

**c) Fahrlässige Tötung § 222**

—Tateinheit mit Raub ..... 362

**Trunkenheit im Verkehr § 316 StGB**

—Auch ein Kraft r a d f a h r e r ist erst bei 1,3 ‰ unbedingt (absolut) fahruntüchtig. Unter diesem Wert müssen die Besonderheiten des Kraft rad f a h r e n s bei der Prüfung der bedingten (relativen) Fahruntüchtigkeit berücksichtigt werden . 352

—Strafzumessung bei f a h r l ä s s i g herbeigeführter folgenlos gebliebener Fahruntüchtigkeit ..... 192

**U**

**Unterlassungsdelikte**

—Das „Fernbleiben“ in § 16 Abs. 1 Wehrstrafgesetz ist in der Regel Unterlassungsdelikt (Unterlassung, sich entgegen der Verpflichtung bei der zuständigen militärischen Dienststelle einzufinden; weitere Beispiele) ..... 18

**Unterschlagung § 246 StGB**

—Wann hat der Verwahrer eines — hier an gemietetem Fernseher angebrachten — verschlossenen Geldbehältnisses Alleingewahrsam auch am Inhalt, wenn sich der Schlüssel zu dem Behältnis in der Hand eines anderen befindet (Beweglichkeit — Unbeweglichkeit oder Schwerbeweglichkeit des Behältnisses [Gasautomat, Panzerschrank]; Kenntnis des Schlüsselinhabers vom Ort des Behältnisses, ungehinderter Zutritt zu ihm) 180

**Untersuchungshaft**

—§ 60 a.F. StGB bezieht sich nur auf die vor dem tatrichterlichen Urteil erlittene Untersuchungshaft .. 304

—Gründe für die Anrechnung von Untersuchungshaft durch das Revisionsgericht ..... 304

—Hat das Revisionsgericht die seit dem tatrichterlichen Urteil vollzogene Untersuchungshaft „soweit sie drei Monate übersteigt“ auf die Strafe angerechnet, so ist auf die Strafe nur die um drei Monate gekürzte Summe aller zusammen gerechneten Untersuchungshaftzeiten in d e r s e l b e n S a c h e zu verrechnen, gleichgültig wann sie vollzogen wurden ..... 303

**Untreue § 266 StGB; Treupflicht, Treubruch**

—Der Treubruchtatbestand setzt Rechtsbeziehungen voraus, deren Hauptgegenstand die Wahrnehmung fremder Vermögensinteressen bildet (Beispiele) ..... 191

—Wer den Erlös für Waren, die ihm unter Eigentumsvorbehalt zur Weiterveräußerung verkauft und geliefert sind, entgegen den Verkaufs- und Lieferungsbedingungen weder sofort an den Lieferanten abführt noch getrennt von seinem anderen Vermögen aufbewahrt, erfüllt noch nicht den Treubruchtatbestand 190

setzung der Gewaltanwendung nach Vollendung der Erpressung in unmittelbarem zeitlichen und örtlichen Zusammenhang auf einem öffentlichen Weg, um den Besitz der Beute zu sichern) ..... 227

#### e) Autostraßenraub § 316 a

- Ein Raubüberfall, der planmäßig an einsamer Stelle, jedoch nach längerem Fußmarsch weit ab vom allgemeinen Straßenverkehr ausgeführt wird, ist kein Autostraßenraub, selbst wenn der Täter das Opfer im Kraftwagen fortgelockt hatte und sich in diesem nach vollbrachter Tat in Sicherheit bringt (teilweise abweichend von BGHSt 18, 170, 173) ..... 114
- Tateinheit mit räuberischer Erpressung ..... 115, 118

#### f) Konkurrenzen

- Die Tat ist nur als Raub und nicht als Raub in Tateinheit mit Diebstahl zu beurteilen, wenn der Täter mehr als ursprünglich beabsichtigt wegnimmt ..... 350

#### Rechtshängigkeit

- Das Verbot mehrfacher Rechtshängigkeit geht der Regelung des § 269 StPO vor ..... 232

#### Rechtsmittel §§ 296 ff StPO

##### a) Allgemeines

- Wirkung von Gesetzesänderungen auf das Verfahrensrecht. Neues Verfahrensrecht hat ohne ausdrückliche gesetzliche Regelung keine rückwirkende Kraft. Wirksam eingelegte Rechtsmittel behalten ihre Wirkung. Rücknahmerecht der Staatsanwaltschaft ..... 326
- Voraussetzung einer sachlichen Entscheidung des Rechtsmittelgerichts ist nur die form- und fristgerechte Einlegung eines zulässigen Rechtsmittels ..... 326
- Über ein von dem gesetzlichen Vertreter eines Minderjährigen eingelegtes Rechtsmittel ist auch dann sachlich zu entscheiden, wenn der Minderjährige während des Rechts-

mittelfahrens volljährig wird und damit die Befugnis des gesetzlichen Vertreters zur Einlegung von Rechtsmitteln erlischt .... 326

- Die irrtümliche Annahme eines fortgesetzten Delikts statt mehrerer einzelner beschwert in der Regel den Angeklagten nicht ... 71
- § 15 ist auch in der Rechtsmittelinstanz anwendbar, selbst wenn bei der Übertragung über die Grenzen eines Landes hinausgegangen werden muß; Bindungswirkung des § 358 Abs. 2, wenn die Sache vorher gemäß § 354 Abs. 2 zurückverwiesen worden war ..... 250

##### b) Revision

###### aa) Allgemeines

- Ein mit der Revision angefochtenes Urteil wird jedenfalls mit dem ungenutzten Ablauf der Begründungsfrist noch nicht rechtskräftig (der genaue Zeitpunkt wird offengelassen) ..... 219
- Inwieweit gilt die Bindung des Revisionsgerichts an die Feststellungen des Tatrichters für die datumsmäßige Fixierung der Tatzeit? (hier: Nachprüfung der Rechtzeitigkeit des Strafantrags) ..... 90

###### bb) Relative Revisionsgründe § 337

- Zulassung von Fernseh-(Rundfunk-)aufnahmen bei der Urteilsverkündung als Revisionsgrund (§ 169 S. 2 GVG); das Urteil beruht regelmäßig darauf auch bei Einverständnis des Angeklagten und des Verteidigers oder deren Initiative .... 83
- Bei Verstoß gegen die Pflicht zum Hinweis an den Angeklagten auf die Berechtigung zum letzten Wort kann das Beruhen darauf nur in besonderen Ausnahmefällen ausgeschlossen werden ..... 278
- Nichterörterung naheliegender Möglichkeiten als Revisionsgrund

185

###### cc) Unbedingte Revisionsgründe § 338

- Auf Verstöße gegen zwingendes Verfahrensrecht kann die Revision

- immer gestützt werden, selbst wenn der Angeklagte oder der Verteidiger die Initiative zu dem Verstoß ergriffen oder ihm zugestimmt haben ..... 85
- dd) Hemmung der Rechtskraft**  
§ 343
- Ein mit der Revision angefochtenes Urteil wird jedenfalls mit dem ungenutzten Ablauf der Begründungsfrist noch nicht rechtskräftig (der genaue Zeitpunkt wird offengelassen) ..... 219
- ee) Rechtfertigung der Revision**  
§ 344 f
- Nachprüfung von Verfahrensmängeln, die einer Verfassungsbeschwerde zum Erfolg verhelfen würden. Wird Verletzung des rechtlichen Gehörs schlüssig in der Form des § 344 Abs. 2 Satz 2 behauptet, so ist das Revisionsgericht wegen der vorrangigen Bedeutung der Verfassungsnorm verpflichtet, selbst den Vorwurf mit allen zur Verfügung stehenden Beweismitteln zu prüfen ..... 29
- Für eine „Besetzungsrüge“ sind hinsichtlich jeden Richters, dessen Mitwirken beanstandet wird, die genauen Umstände darzulegen, die dem Tätigwerden entgegenstanden. Die allgemeine, nicht näher ausgeführte Behauptung, die mitwirkenden Richter hätten dem Spruchkörper nicht angehört, genügt nicht ..... 169
- Bei mehrfacher Zustellung des Urteils richtet sich die Berechnung der Begründungsfrist auch dann nach der zuletzt bewirkten Zustellung, wenn die mehreren Zustellungen nicht auf derselben Anordnung beruhen. Das gilt jedoch nicht für eine Zustellung, die erst nach Fristablauf bewirkt wird ..... 221
- Die Prüfung von Amts wegen, ob ein — rechtsgültiger — Eröffnungsbeschuß vorliegt, verpflichtet das Revisionsgericht nicht, von sich aus zu klären, ob die an der Beschlüßfassung beteiligten Richter ordnungsgemäß zu Mitgliedern der Beschluskammer bestellt worden sind. Verfahrensverstöße dieser Art müssen in einer § 344 Abs. 2 Satz 2 StPO entsprechenden Weise gerügt werden. Hierzu genügt nicht das nicht näher ausgeführte Vorbringen, die mitwirkenden Richter hätten der zur Entscheidung berufenen Strafkammer nicht angehört ..... 170
- ff) Unzulässigkeit der Revision**  
§ 346
- Ist gegen ein Urteil form- und fristgerecht Revision eingelegt, so führt eine nach diesem Urteil eingetretene Verjährung zur Einstellung des Verfahrens, auch wenn die Revision nicht oder nicht ordnungsgemäß begründet worden ist; anders ist es, wenn die Verjährung schon vor Erlaß des angefochtenen Urteils eingetreten war ..... 213
- gg) Verfahren des Revisionsgerichts**  
§§ 349 ff
- Das Revisionsgericht kann nicht über einen vom Amtsgericht übergangenen Antrag auf Wiedereinsetzung gegen die Versäumung der Einspruchsfrist im Strafbefehlsverfahren entscheiden ..... 52
- Die Beachtung wesentlicher Förmlichkeiten (§ 274 Abs. 1) kann nur durch die Sitzungsniederschrift und nicht durch dienstliche Äußerungen bewiesen werden ..... 280
- Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs kann gebieten, daß das Revisionsgericht prüft, ob dem Angeklagten ein in der angefochtenen Entscheidung verwertetes Protokoll über seine polizeiliche Vernehmung in der Hauptverhandlung vorgehalten wurde ..... 26
- Gründe für die Anrechnung der Untersuchungshaft durch das Revisionsgericht ..... 304
- Hat das Revisionsgericht die seit dem tatrichterlichen Urteil vollzogene

Untersuchungshaft „soweit sie drei Monate übersteigt“ auf die Strafe angerechnet, so ist auf die Strafe nur die um drei Monate gekürzte Summe aller zusammengerechneten Untersuchungshaftzeiten in derselben Sache zu verrechnen, gleichgültig wann sie vollzogen wurden ..... 303

#### hh) Bindung an die Rechtsansicht des Revisionsgerichts § 358

—Die Bindung des Abs. 2 besteht auch dann, wenn nach Zurückverweisung die Sache nach § 15 an das Gericht eines anderen Bundeslandes übertragen worden ist ..... 252

#### Rückfall

—Die 10-Jahres-Frist des § 245 StGB gilt nur für den Zeitraum zwischen Verbüßung oder Erlass der letzten rückfallbegründenden Strafe und der zur Aburteilung stehenden Tat, nicht auch für den zwischen früheren Taten. Jedoch kommt dem Täter, der sich nach der ersten Tat zwanzig Jahre straffrei führt, das Straftilgungsgesetz (§§ 2, 5 Abs. 1, 6, 7) zuzustatten; bereits der Eintritt der Tilgungsreife einer Eintragung im Strafregister schließt ihre Verwertung als rückfallbegründende Vortat aus ..... 260

### S

#### Sachbeschädigung §§ 303 ff StGB (Gemeinschädliche Sachbeschädigung § 304)

—„Öffentlicher Weg“ ..... 212

#### Sachverständiger §§ 72 ff StPO

Benutzt ein Sachverständiger (hier Psychiater) die Ergebnisse einer von ihm veranlaßten (hier psychologischen) Zusatzuntersuchung, so kann diese auch ohne Vernehmung des Hilfssachverständigen und ohne Verlesung seines Berichts verwertet werden, wenn der Hauptsachverständige die Verantwortung auch für die Ergebnisse des Hilfsgutachtens übernimmt. Die Aufklä-

rungspflicht kann jedoch die Vernehmung des Hilfsgutachters oder die Verlesung seines Gutachtens erforderlich machen ..... 268

#### Sicherungsverfahren §§ 429 a ff StPO

—Das Sicherungsverfahren ist auch gegen einen mit Sicherheit erheblich vermindert zurechnungsfähigen Täter zulässig, wenn seine Zurechnungsunfähigkeit nicht ausgeschlossen und daher ein Strafverfahren gegen ihn nicht eingeleitet werden kann. Das gilt auch, wenn im Strafverfahren ein Gericht höheren Ranges zu entscheiden hätte

1

—Ist bei einem Gericht ein Strafverfahren, bei einem anderen wegen derselben Sache ein Sicherungsverfahren anhängig, können diese nicht nach §§ 4, 5 verbunden werden; die Rechtshängigkeit des zeitlich ersten Verfahrens ist Verfahrenshindernis für das zweite, das eingestellt werden muß ..... 186

### Sch

#### Schichtenbücher für Kraftfahrer und Beifahrer, VO über ...

—Kraftfahrer (§ 1) ist ein von einem Bauunternehmen beschäftigter Monteur auch dann, wenn er in Erfüllung seiner vertraglichen Arbeitspflicht ein Kraftfahrzeug nur zusätzlich zu seiner eigentlichen Arbeitstätigkeit (auf dem Wege zu und von seinen Arbeitsstellen) zu führen hat ..... 240

### St

#### Staatsanwaltschaft

—Geht durch eine Gesetzesänderung die Verfügung über ein Rechtsmittel des Finanzamts auf die Staatsanwaltschaft über, so kann diese das Rechtsmittel auch zurücknehmen ..... 327

**Steuergesetze****Abgabenordnung****a) § 467 Abs. 1 a. F.**

- Über ein vom Finanzamt als Nebenkläger eingelegtes Rechtsmittel ist auch nach der Beseitigung der Stellung der Finanzämter als Nebenkläger sachlich zu entscheiden 321

**b) § 472 Abs. 1 a. F.**

- Über ein vom Finanzamt als Nebenkläger eingelegtes Rechtsmittel ist auch nach der Beseitigung der Stellung der Finanzämter als Nebenkläger sachlich zu entscheiden 321

**Strafantrag §§ 61 ff StGB****a) Allgemeines; Prozessuales**

- Inwieweit ist das Revisionsgericht bei der Nachprüfung der Rechtzeitigkeit des Strafantrags an die datumsmäßige Festlegung der Tatzeit durch den Tatrichter gebunden? 90

**b) Beginn der Antragsfrist § 61**

- Bei Beleidigung eines Minderjährigen, der durch seine Eltern gesetzlich vertreten wird, beginnt die Strafantragsfrist, sobald der Vater oder die Mutter von Tat und Täter Kenntnis haben; der Strafantrag muß von beiden gestellt werden 103

- Beginn der Antragsfrist bei Ärztekammern und Aktiengesellschaften, die durch mehrere Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich vertreten werden ..... 103

**c) Antragsmündigkeit § 65**

- Bei Beleidigung eines Minderjährigen, der durch seine Eltern gesetzlich vertreten wird, beginnt die Strafantragsfrist, sobald der Vater oder die Mutter von Tat und Täter Kenntnis haben; der Strafantrag muß von beiden gestellt werden ..... 103

**Strafaussetzung zur Bewährung****§ 23 ff StGB a.F.**

- Begriff des öffentlichen Interesses 192 ff

- Es ist unzulässig, bestimmte Straftaten von vorneherein und ohne Prüfung des Einzelfalles von bedingter Strafaussetzung auszuschließen ..... 196

**Strafbefehl §§ 407 ff StPO**

- Die nach § 181 Abs. 2 ZPO bewirkte Zustellung an die (zur Entgegennahme bereite) Hauswirtin ist rechtswirksam; sie gilt als „Übergabe“ im Sinne des § 232 Abs. 4 StPO ..... 55

**Strafen****Nebenstrafen und Nebenstraffolgen**

- Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ..... 337
- Eidesunfähigkeit ..... 338
- Ein Hinweis nach § 265 Abs. 1 StPO ist bei Nebenstrafen und Nebenstraffolgen nicht erforderlich 338
- Ein wegen eines Verbrechens Angeklagter braucht nicht nach § 265 Abs. 1 StPO darauf hingewiesen zu werden, daß neben der Zuchthausstrafe die Nebenstrafe der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ausgesprochen werden könne . 336

**Straffreiheitsgesetz 1968**

- Umfang und Auswirkungen auf Strafe und Kosten ..... 256

**Straftilgungsgesetz**

- Die 10-Jahres-Frist des § 245 StGB gilt nur für den Zeitraum zwischen Verbüßung oder Erlaß der letzten rückfallbegründenden Strafe und der zur Aburteilung stehenden Tat, nicht auch für den zwischen früheren Taten. Jedoch kommt dem Täter, der sich nach der ersten Tat zwanzig Jahre straffrei führt, das Straftilgungsgesetz (§§ 2, 5 Abs. 1, 6, 7) zustatten; bereits der Eintritt der Tilgungsreife einer Eintragung im Strafregister schließt ihre Verwertung als rückfallbegründende Vortat aus .. 260

## I. SACHVERZEICHNIS

Die Zahlen bedeuten die Seiten

## A

## Auflauf § 116 StGB

—„Öffentlicher Weg“ ..... 212

## Aufklärungspflicht § 244 Abs. 2 StPO

—Benutzt ein Sachverständiger (hier Psychiater) die Ergebnisse einer von ihm veranlaßten (hier psychologischen) Zusatzuntersuchung durch einen Hilfs-Sachverständigen, so kann diese auch ohne Vernehmung des Hilfssachverständigen und ohne Verlesung seines Berichts verwertet werden, wenn der Hauptsachverständige die Verantwortung auch für die Ergebnisse des Hilfsgutachtens übernimmt. Die Aufklärungspflicht kann jedoch die Vernehmung des Hilfsgutachters oder die Verlesung seines Gutachtens gebieten 268

## Auslegung

## a) von Gesetzen

—Nach dem allgemeinen Sprachgebrauch (ermittelt nach Grimm, Deutsches Wörterbuch und Perkun, Das Deutsche Wort [hier „verlassen“]) 16

—Der klare Wortlaut eines Gesetzes ist weder auslegungsfähig noch auslegungsbedürftig (hier: § 62 Abs. 2 Satz 2 GVG) ..... 101

—Der Gesetzesinterpretation des Richters sind da Schranken gesetzt, wo der Boden der mit dem Grundgesetz im Einklang stehenden Vorschrift verlassen wird. Selbst die verfassungskonforme Auslegung findet dort ihre Grenze, wo sie mit dem Wortlaut und dem klar er-

kenbaren Willen des Gesetzgebers in Widerspruch treten würde . 153

—Analogie ist im Verjährungsrecht nicht angängig ..... 383

## b) von Internationalen Verträgen

—Der Wille beider Vertragsteile ist zu berücksichtigen ..... 320

## Auslieferungsrecht

## I. Deutsches Auslieferungsgesetz (DAG)

## a) Auslieferung; Rücklieferung; Personenkreis (§ 1 DAG; Art. 16 Abs. 2 Satz 1 GG)

—Die — im Gesetz nicht geregelte — Rücklieferung eines Verfolgten nach vorübergehender Überstellung ist verfahrensrechtlich wie eine Auslieferung zu behandeln 61

—Die Rücklieferung eines Deutschen in das Ausland ist keine Auslieferung und daher zulässig ..... 62

—Ein Deutscher, der auf einen uneingeschränkten Auslieferungsantrag nur vorübergehend mit dem Ersuchen um Rücklieferung nach Abschluß des inländischen Strafverfahrens eingeliefert worden ist, darf auch dann an den fremden Staat zurückgeliefert werden, wenn die Rücklieferung zwar nicht ausdrücklich zugesichert worden ist, jedoch die Mitteilung der fremden Regierung, so rechtzeitig bei der deutschen Behörde eingegangen ist, daß diese die nur vorübergehende Auslieferung noch hätte ablehnen können (§ 54 DAG) ..... 58

**Strafverfahren**

- Schon in der Revisionsinstanz weitgehende Nachprüfung von Verfahrensmängeln, die mit einer Verfassungsbeschwerde erfolgreich geltend gemacht werden könnten (hier Verletzung des rechtlichen Gehörs) 29

**Strafverfügung §§ 413 ff StPO**

- Es wird offen gelassen, ob für die Anhörung i. S. des § 413 Abs. 1 Satz 1 die Belehrungspflicht der §§ 163 a, 136 gilt ..... 131

**Straßenverkehr, Gefährliche Eingriffe in den ... § 315 b StGB**

- a) Abs. 1 Nr. 2
- Absichtliches Bereiten eines Hindernisses ..... 7
- b) Abs. 1 Nr. 3
- Gezieltes Zufahren auf einen Verkehrsteilnehmer, um ihn zur Freigabe des Fahrweges zu veranlassen (hier: auf einen Polizeibeamten, um der Festnahme zu entgehen) ..... 6
- c) Vorsatz
- Die Vorschrift ist verfassungsmäßig 365
- Die Vorschrift schützt auch den Verkehr von Fußgängern auf Gehwegen, die neben der Fahrbahn ausschließlich für die Benutzung von Fußgängern angelegt sind 365
- Begriff des „ähnlichen, ebenso gefährlichen Eingriffs“ (hier Umfahren einer Straßensperre über den Bürgersteig, auf dem sich Fußgänger befanden) ..... 366
- Mit Gefährdungsvorsatz handelt, wer die Umstände kennt, welche die Schädigung eines der in Abs. 1 bezeichneten Rechtsgüter als naheliegende Möglichkeit erscheinen lassen und den Eintritt der Gefahrenlage (also nicht des Schadens selbst) zumindest billigend in Kauf nimmt. Wer die von ihm verursachte, einen anderen bedrohende Gefahr als Mittel einsetzt, um den anderen zum Aus-

weichen oder einer ähnlichen Maßnahme zu nötigen, gefährdet vorsätzlich ..... 67

**d) Konkurrenzen**

- Konkurrenz zu § 315 c ..... 76
- Natürliche Handlungseinheit von Verkehrsstraftaten „auf der Flucht vor der Polizei“ ..... 76

**Straßenverkehr, Gefährdung des Straßenverkehrs § 315 c StGB**

- Absichtliches Bereiten eines Hindernisses oder Vornahme eines ähnlichen Eingriffs ist nach § 315 b StGB zu bestrafen ..... 7
- Vergehen nach Abs. 1 Nr. 1 ist Dauerstraftat ..... 71
- Für die Verursachung einer bestimmten Gefahr (Abs. 1 Nr. 1 a, Abs. 3 Nr. 1) genügt Fahrlässigkeit, im übrigen ist Vorsatz erforderlich ..... 71
- Zeitpunkt der Vollendung und der Beendigung ..... 71
- Inwieweit ist Fortsetzungszusammenhang möglich? ..... 71
- Handlungseinheit bei verschiedenen Gefährdungen mehrerer Personen 72
- Natürliche Handlungseinheit von Verkehrsstraftaten „auf der Flucht vor der Polizei“ ..... 76
- Konkurrenz zu § 315 b ..... 76

**Straßenverkehrsordnung****a) Grundregel § 1**

- Wer auf der Autobahn einem anderen Fahrzeug bei einer Geschwindigkeit von rund 100 km/h mit einem Abstand von etwa 5 m folgt, gefährdet in der Regel im Sinne des § 1 (konkret) den Vorausfahrenden, auch wenn dieser seine Geschwindigkeit unvermindert beibehält ..... 341
- Konkrete Gefährdung liegt dann vor, wenn die Gefahr eines Unfalls in „bedrohliche“ oder in „nächste“ Nähe gerückt ist ..... 345

—Sicherheitsabstand ..... 344

—Gegen § 1 verstößt auch, wer durch sein Verhalten im Straßenverkehr nur einen fremden — nicht geringwertigen — Sachwert gefährdet, der der Sicherung des Straßenverkehrs dient oder sonst verkehrsbezogen ist (Gefährdung des geparkten Kraftwagens eines anderen; eines Straßenbaums, der z. B. durch weißen Teilanstrich zur Markierung der Fahrbahn verwendet ist) ..... 368

#### b) Benutzung der Fahrbahnseiten § 8

—Auf Autobahnen darf nicht rechts überholt werden, auch wenn auf der Überholspur eine Kolonne und rechts nur einzelne Fahrzeuge fahren. Ausnahmen: 1. Wenn auf beiden Fahrspuren Kolonnenverkehr herrscht. 2. Wenn die linke Kolonne steht, dürfen die Fahrzeuge auf der Normalspur mit äußerster Vorsicht und mit einer Geschwindigkeit von nicht mehr als 20 km/h vorfahren. 3. Wenn die linke Kolonne nur mit einer Geschwindigkeit von höchstens 60 km/h fährt, darf auf der Normalspur mit äußerster Vorsicht und mit einer Mehrgeschwindigkeit von höchstens 20 km/h vorgefahren werden ..... 137

#### c) Fahrgeschwindigkeit § 9

—Auf Autobahnen darf grundsätzlich nicht rechts überholt werden. Ausnahmen: Wenn auf beiden Fahrspuren Kolonnenverkehr herrscht, 2. Wenn die linke Kolonne steht, dürfen die Fahrzeuge auf der Normalspur mit äußerster Vorsicht und mit einer Geschwindigkeit von nicht mehr als 20 km/h vorfahren. 3. Wenn die linke Kolonne nur mit einer Geschwindigkeit von höchstens 60 km/h fährt, darf auf der Normalspur mit äußerster Vorsicht und mit einer Mehrgeschwindigkeit von höchstens 20 km/h vorgefahren werden ..... 137

#### d) Überholen § 10

—Auf Autobahnen darf grundsätzlich nicht rechts überholt werden, auch wenn auf der Überholspur eine Kolonne und rechts nur einzelne Fahrzeuge fahren. Ausnahmen: 1. Wenn auf beiden Fahrspuren Kolonnenverkehr herrscht. 2. Wenn die linke Kolonne steht, dürfen die Fahrzeuge auf der Normalspur mit äußerster Vorsicht und mit einer Geschwindigkeit von nicht mehr als 20 km/h vorfahren. 3. Wenn die linke Kolonne nur mit einer Geschwindigkeit von höchstens 60 km/h fährt, darf auf der Normalspur mit äußerster Vorsicht und mit einer Mehrgeschwindigkeit von höchstens 20 km/h vorgefahren werden . 137

#### e) Vorfahrt § 13

—Begriff ..... 139

—Keinesfalls darf rechts überholt werden, weil die Fahrer der auf der Überholspur befindlichen Fahrzeuge ihrer Pflicht zum Einhalten der rechten Fahrbahnseite nicht nachkommen ..... 141

—Ausnahmen vom Rechtsüberholen im Großstadtverkehr und auf Ausfallstraßen .. 139

—Auf Autobahnen darf grundsätzlich nicht rechts überholt werden, auch wenn auf der Überholspur eine Kolonne und rechts nur einzelne Fahrzeuge fahren. Ausnahmen: 1. Wenn auf beiden Fahrspuren Kolonnenverkehr herrscht. 2. Wenn die linke Kolonne steht, dürfen die Fahrzeuge auf der Normalspur mit äußerster Vorsicht und mit einer Geschwindigkeit von nicht mehr als 20 km/h vorfahren. 3. Wenn die linke Kolonne nur mit einer Geschwindigkeit von höchstens 60 km/h fährt, darf auf der Normalspur mit äußerster Vorsicht und mit einer Mehrgeschwindigkeit von höchstens 20 km/h vorgefahren werden ..... 137

**Straßenverkehrszulassungsordnung**

- Der Kraftfahrzeugschein (§ 24) beweist nicht, daß die Angaben zur Person des Zulassungsinhabers richtig sind. Diese Angaben sind keine Beurkundungen im Sinne des § 271 StGB ..... 201
- Begriff des „Halters“ ..... 204

**T****Teilnahme §§ 47 ff StGB****a) Allgemeines; selbständige Strafbarkeit mehrerer Beteiligter § 50 n. F.**

- Begriff der besonderen Merkmale (täterbezogen bei § 211 sind niedrige Beweggründe, tatbezogen die Verwendung von gemeingefährlichen Mitteln; offengelassen für Grausamkeit) ..... 377
- Zwangsmilderung bei Gehilfen, dem ein besonderes persönliches Merkmal i. S. des § 50 Abs. 2 n. F. fehlt ..... 377

**b) Anstiftung**

- Anstiftung zum Diebstahl und Hehlerei stehen in der Regel auch dann im Verhältnis der Tatmehrheit, wenn sich die Anstiftung auf die später gehehlte Beute bezog 206

**c) Beihilfe § 49 f**

- Beihilfe zum Diebstahl und Hehlerei stehen in der Regel auch dann im Verhältnis der Tatmehrheit, wenn sich die Beihilfe auf die später gehehlte Beute bezog..... 206
- Begriff der besonderen Merkmale (täterbezogen bei § 211 sind niedrige Beweggründe, tatbezogen die Verwendung von gefährlichen Mitteln; offengelassen für Grausamkeit) ..... 377
- Zwangsmilderung bei Gehilfen, dem ein besonderes persönliches Merkmal i. S. des § 50 Abs. 2 n. F. fehlt. Auswirkung auf Verjährung .. 377

**Tötungsdelikte §§ 211 ff StGB****a) Mord § 211****aa) Allgemeines**

- Abgrenzung von unbeendetem und beendetem Mordversuch (hier Ab-

lassen von weiteren Schlägen, nachdem der erste Schlag nicht wie erwartet getötet hatte) ..... 176

- Zur Abgrenzung zwischen beendetem und nicht beendetem Versuch, insbesondere wenn der Täter mit bedingtem Vorsatz gehandelt hat ..... 330
- Rechtliche Beurteilung eines Raubüberfalls mit tödlichem Ausgang bei Fehlen eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen tatbestandsmäßiger Gewaltanwendung und Tod des Opfers. (Der Überfallene war den fortgelaufenen Räubern nachgeeilt, dabei gestürzt und zu Tode gekommen) ..... 362
- Beihilfe zu einem Tötungsverbrechen, das wegen niedriger Beweggründe des Täters ein Mord ist, verjährt nach 15 Jahren, wenn der Gehilfe nicht ebenfalls aus niedrigen Beweggründen handelte .. 375
- Beihilfe ist nach § 50 Abs. 2 n.F. in Verbindung mit §§ 44 Abs. 2 und 14 nur noch mit Zuchthaus von drei bis fünfzehn Jahren bedroht. Die Verfolgung verjährt daher nach § 67 Abs. 1 in fünfzehn Jahren 375
- Beginn der Verjährung für NS-Verbrechen am 8. Mai 1945 ... 382
- Wahlfeststellung, ob die Tat aus niederen Beweggründen oder zur Ermöglichung einer anderen Straftat begangen worden ist..... 12
- bb) Niedrige Beweggründe**
- Eifersucht ..... 13
- Wahlfeststellung zulässig, ob die Tat aus niederen Beweggründen oder zur Ermöglichung einer anderen Straftat begangen worden ist 12
- Beurteilung eines Gehilfen, der nicht aus niedrigen Beweggründen gehandelt hat ..... 375
- cc) Heimtücke**
- Wer sein Opfer in den Hinterhalt gelockt hat, handelt auch dann heimtückisch, wenn er ihm aus dem Hinterhalt in offen feindlicher Haltung gegenübertritt. Gleich-

- persönliche Ausübung seines Frage-  
rechts; an der Verhandlung über  
die Frage der Vereidigung ist er  
jedoch zu beteiligen. Frage des Be-  
ruhens ..... 290
- d) Hinweis § 265 StPO**
- Der Hinweis ist durch das Ge-  
richt (Vorsitzender) zu geben.  
Jedoch genügt ein Hinweis in ei-  
nem Verweisungsbeschluß (§ 270  
StPO) oder in einer zurückverwei-  
senden Entscheidung des Rechtsmit-  
telgerichts, wenn die Entscheidung  
dem Angeklagten bekanntgegeben  
worden ist. Erörterung in der  
Hauptverhandlung durch Staatsan-  
walt oder Verteidiger genügt nicht  
31
  - Der nach Abs. 1 erforderliche Hin-  
weis auf die Veränderung des recht-  
lichen Gesichtspunkts kann nicht  
durch einen auf die Begründung  
der Haftfortdauer beschränkten Be-  
schluß ersetzt werden ..... 29
  - Hinweis bei Unterbringung in ei-  
ner Heil- oder Pflegeanstalt erfor-  
derlich ..... 30
  - Bei nochmaligem Eintritt in die  
Verhandlung brauchen die Vertei-  
diger nicht nochmals das Wort zu  
Schlußausführungen zu erhalten,  
wenn ihnen nach einem Hinweis  
gem. § 265 Gelegenheit zur Äuße-  
rung gegeben wurde und sie somit  
erneut umfassend zu allen Vorwür-  
fen der Anklage Stellung nehmen  
und ihre vorherigen Ausführungen  
ergänzen konnten ..... 279
  - Der Verstoß gegen die Pflicht zum  
Hinweis an den Angeklagten auf  
die Berechtigung zum letzten Wort  
ist kein unbedingter Revisions-  
grund. Allerdings kann die Mög-  
lichkeit, daß der Verfahrensmangel  
auf das Urteil eingewirkt hat, nur  
in besonderen Ausnahmefällen aus-  
geschlossen werden ..... 278
  - Auf Nebenstrafen (hier Aberken-  
nung der Ehrenrechte) und Neben-  
straffolgen braucht nicht hingewie-  
sen werden ..... 338
- c) Ununterbrochene Gegenwart der  
Beteiligten §§ 247, 338 Nr. 5**
- Das Gericht kann durch zu be-  
gründenden Beschluß nach  
§ 247 Abs. 1 den Angeklagten auch  
dann abtreten lassen, wenn ein zur  
Verweigerung des Zeugnisses be-  
rechtigter Zeuge erklärt, von die-  
sem Recht Gebrauch zu machen,  
falls er in Gegenwart des Angeklag-  
ten vernommen werde. Folgen des  
Fehlens einer Begründung .... 18
- f) Schlußvorträge; letztes Wort  
§ 258**
- Der erneute Eintritt in die Ver-  
handlung verpflichtet zur nochma-  
ligen Erteilung des letzten Wortes,  
auch wenn keine weitere Beweis-  
aufnahme stattfindet ..... 279
  - Die Erteilung des letzten Wortes  
kann nur durch das Protokoll be-  
wiesen werden ..... 280
  - Der Verstoß gegen die Pflicht zum  
Hinweis an den Angeklagten auf  
die Berechtigung zum letzten Wort  
ist kein unbedingter Revisions-  
grund. Allerdings kann die Mög-  
lichkeit, daß der Verfahrensmangel  
auf das Urteil eingewirkt hat, nur  
in besonderen Ausnahmefällen aus-  
geschlossen werden ..... 278
- g) Urteilsverkündung § 356**
- Fernseh-Rundfunkaufnahmen bei  
der Urteilsverkündung als Revi-  
sionsgrund (§ 169 S. 2 GVG); das  
Urteil wird regelmäßig auf der Zu-  
lassung beruhen. Das Einverständ-  
nis des Angeklagten und des Ver-  
teidigers oder gar deren Initiative  
ändert daran nichts ..... 83
- h) Inhalt des Urteils**
- aa) Feststellungen §§ 261, 267 StPO**
- Wann ist im Urteil eine genaue da-  
tumsmäßige Festlegung der Tatzeit  
erforderlich und inwieweit ist das  
Revisionsgericht an die Feststellun-  
gen über den Zeitpunkt der Tat  
gebunden? (hier: Nachprüfung der  
Rechtzeitigkeit des Strafantrags) 90